Die Arbeiterverhältnisse in der niederrhein. Baumwollindustrie mit besonderer Berücksichtigung der männlichen Arbeiter.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

hohen philosophischen Fakultät

der

Ruprecht Karls-Universität zu Heidelberg

vorgelegt von

Hermann Hölters

aus M.-Gladbach.

F. Flothmann, G. m. b. H., Kettwig, Essen, Kupferdreh 1082

Digitized by the Internet Archive
in 2017 with funding from
University of Illinois Urbana-Champaign Alternates

https://archive.org/details/diearbeiterverha00holt

17 Jl 17 - E.L.
331.1
H743a

∴ Meinen lieben Eltern in ∴
Dankbarkeit und Verehrung gewidmet.

20 d'11 Univ Ex

Biographie.

A. Thun: Die Industrie am Niederrhein. 1877.
Dilthey: Geschichte der niederrheinischen Baumwollindustrie. 1909.
Jahresbericht der Handelskammer M.-Gladbach. 1837—1910.
„ „ Gewerbeinspektion M.-Glabbach. 1899—1910.
„ „ Stadt M.-Gladbach. 1900—1909.
„ „ Stadt Rheydt. 1904—1909.
„ „ Stadt Viersen. 1900—1909.
„ „ Stadt Dülken. 1900—1909.
„ des Kreisausschusses des Kreises Gladbach.
Denkschrift der allgemeinen Ortskrankenkasse M.-Gladbach.
Berichte der M.-Gladbacher Aktien-Baugesellschaft.
„ „ Rheydter „ „
Zeitschrift für die gesamte Textilindustrie. Leipzig-G.
Der Christliche Textilarbeiter. Krefeld.
Geschäftsberichte des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter.
Geschichte und Entwicklung des Verbandes christlicher Textilarbeiter.
Herm. Busch: Zur Technik und Geschichte der Baumwollhand-spinnerei des M.-Gladbacher Bezirkes. 1908.
Schmitz: Topographie der Stadt Viersen. 1869.
Schubart: Statistik des Kreises Gladbach. 1863.
Bernays: Die Geschichte einer Baumwollspinnerei, ihr Arbeits-prozeß und ihre Arbeiterschaft. 1910.

Inhaltsverzeichnis.

A. Einleitung.
   I. Begrenzung des Untersuchungsgebietes.
   II. Geschichtliche Entwicklung.

B. Der Arbeiter und seine Arbeit.
   I. Die Arbeiter.
      a. Zahl und Aufbau der Arbeiterschaft.
      b. Verteilung auf das Gebiet.
      c. Ergänzung der Arbeiter.
      d. Der Belegschaftswechsel, seine Bestimmungsgründe und seine Häufigkeit.
   II Der Arbeitslohn.
      a. Die Art der Berechnung.
      b. Die Höhe des Lohnes.
   III. Die Arbeitszeit.
      a. Dauer der Arbeitszeit.
      b. Verteilung der Pausen.
      c. Die Arbeitszeit in anormalen Zeiten.
         1. bei Geschäftsstockung.
         2. in Zeiten der Hochkonjunktur.
   IV. Die Arbeitstätigkeit des Arbeiters und ihre Ansprüche an den Arbeiter.

C. Der Arbeiter außerhalb der Fabrik.
   I. Die wirtschaftliche Lage des Arbeiters.
      a. Seine allgemein wirtschaftlichen Verhältnisse.
         1. des auf dem Lande lebenden,
         2. des städtischen Arbeiters.
      b. Die Wohnungsverhältnisse.
         1. Die Tätigkeit der Aktien-Baugesellschaften.
         2. Der Mietspreis.
   II. Die Gesundheitsverhältnisse.
      a. Ihre Beeinflussung durch den Beruf und ihr Stand.
      b. Bestrebungen zu ihrer Besserung.

III. Gemeinnützige Bestrebungen.
   a. Von Vereinen und Anstalten.
   b. Tätigkeit einzelner Arbeitgeber.

IV. Gewerkvereine und sonstige Arbeitervertretungen.
   a. Die Gewerkvereine.
      1. Die Gründe, die einer allgemeinen Vorbereitung im Wege stehen.
      2. Die Stärke der bestehenden Gewerkvereine und ihre Tätigkeit.
   b. Sonstige Arbeitervertretungen.
      1. Arbeiterausschüsse.
      2. Der Arbeitervertretungsverein.

Arbeiterverhältnisse

in der niederrheinischen Baumwollindustrie mit besonderer Berücksichtigung der männlichen Arbeiter.

Das Gebiet, auf welches sich die nachfolgende Untersuchung erstreckt, ist ein engbegrenztes. Es fällt zusammen mit dem Handelskammerbezirk M.-Gladbach und umfaßt den Stadt- und Landkreis M.-Gladbach, den Stadtkreis Rheydt und greift hinaus mit seinen äußersten Fühlern bis nach Grevenbroich und zur anderen Seite bis in die Nähe der holländischen Grenze. Die Industrie dieses Bezirks erhält ihr Hauptgepräge durch die Herstellung von Textilprodukten und zwar vor allem von Baumwollstoffen.

Seit etwas über 100 Jahren ist die Baumwollindustrie in unserem Bezirk heimisch. Alle die wechselvollen Schicksale, die sie seit ihrer Gründung durchgemacht hat, zu verfolgen, soll nicht Aufgabe dieser Abhandlung sein; sie sind bereits geschildert in der Arbeit Diltheys: Die Geschichte der niederrheinischen Baumwollindustrie; uns sollen hier die Arbeiterverhältnisse, und zwar speziell die der männlichen Arbeiter beschäftigen. Die Untersuchung wird sich nicht auf die reine Baumwolle verarbeitenden Arbeiter beschränken, sondern auch die Arbeiter der Halbwollen- und Halbseidenbranche berücksichtigen. Dagegen scheidet die seit dem letzten Jahrzehnt stark vertretene Konfektionsindustrie aus, da sie noch vielfach als Hausindustrie betrieben wird und da in ihr fast ausschließlich weibliche Arbeitskräfte beschäftigt werden.

Bevor wir zu der eigentlichen Arbeit übergehen, wollen wir noch einen kurzen geschichtlichen Rückblick auf die Entwicklung unserer heutigen Arbeiterverhältnisse werfen. Wie schon bemerkt, ist die Baumwollindustrie seit etwa über 100 Jahren, seit Ende des 18. Jahrhunderts, in unserem Bezirk heimisch. Bergische Kaufleute brachten sie von der rechten Rheinseite mit herüber, um der Segnungen des großen französischen Zollgebietes und der mannigfachen Vorteile, welche die französische Regierung der Industrie zukommen ließ,

teilhaftig zu werden, teils auch um die vom rechten Rheinufer eingeschmuggelte Ware sicherer unterbringen und absetzen zu können. Ihre Wahl fiel gerade auf Gladbach und dessen Umgebung, weil hier seit alters her eine rege hausindustrielle Tätigkeit sowohl der Landbevölkerung wie auch der Bewohner der kleinen ländlichen Städte des Bezirks im Spinnen und Verweben des selbstgebauten Flachses bestand und damit sofort eine Hauptgrundlage für eine weitere günstige Entwicklung, ein gelerntes Arbeitermaterial, gegeben war. Die Baumwollindustrie ist sofort eine kapitalistische Industrie gewesen, was schon daraus zu erklären ist, daß das Rohprodukt, die Baumwolle, verhältnismäßig teuer ist und seine Beschaffung schon allein ein größeres Kapital erfordert. Sie hat sofort die Form der Fabrikindustrie angenommen und im Laufe der Zeit die hausindustrielle Leinenindustrie mehr und mehr verdrängt. Wie bei jeder jungen Industrie, die gegen überlegene Konkurrenz anzukämpfen hat, finden wir lange Arbeitszeiten bei sehr niedrigem Lohn und starkes Vorherrschen der billigen Frauen- und Kinderarbeit. Dabei sprechen die Arbeitsstätten in der Regel allen gesundheitlichen Anforderungen, so wie wir sie heute an sie zu stellen gewohnt sind, Hohn. Folgende Schilderung, die wir in der Zeitschrift für soziale Wohlfahrt finden, mag wohl auch für die Gladbacher Verhältnisse zutreffen. „Die Luft der Baumwollspinnereien war mit dichtem Staub erfüllt, ein weißer Flaum bedeckte die Maschinen und der Fußboden war mit einer klebrigen Masse aus Oel, Staub und Unrat aller Art bestehend, überzogen." Aehnliche Schilderungen finden wir bei Thun: Die Industrie am Niederrhein. Es ist ja auch nichts anderes zu erwarten, da es an den Schlagmaschinen, den Batteurs, irgendeinen Staubabzug oder Ventilator nicht gibt. Die Wolle fliegt vielmehr in losen Flocken heraus, die Unreinlichkeiten durch das unter dem Schläger befindliche Sieb. Daß bei solchen Verhältnissen die Staubentwicklung eine sehr große ist, leuchtet ohne weiteres ein. Diese Atmosphäre müssen die Kinder schon in ihrer frühesten Jugend während des ganzen Tages einatmen und erleiden dadurch dauernden Schaden an ihrer Gesundheit. So zeigt es sich auch hier, „daß die Fortschritte der Gesellschaft in-Bevölkerung, Gewerbefleiß und Einsicht zunächst immer auf Kosten der großen Masse der Bevölkerung stattfindet." Das Eingreifen des Staates zu Gunsten der Fabrikkinder findet den offenen Widerstand der Unternehmer und die Durchführung der Schutzgesetze ist lange Zeit eine sehr mangelhafte. Im Bericht der Han-

delskammer M.-Gladbach aus dem Jahre 1854 wird über die Härte des Gesetzes betreffend die Fabrikarbeit jugendlicher Arbeiter (unter 14 Jahre nicht länger als 6 Stunden täglich) geklagt und gefordert, die schulentlassenen Kinder von 12—14 Jahren denen von 14—16 Jahren gleichzustellen. Wie stark die Heranziehung der Kinder ist, zeigt die Tatsache, daß in der Handspinnerei durchschnittlich auf 1 Erwachsenen 1 jugendlicher Arbeiter kommt. Im Jahre 1852 sind im Kreise Gladbach in der Fabrik beschäftigt:

Kinder	im	Alter	von	9	Jahren	121
„	„	„	„	10	„	283
„	„	„	„	11	„	264
„	„	„	„	12	„	271.

Im folgenden Jahre gibt es überhaupt 1445 Kinder im Alter von 9—14 Jahren, von denen 703 als zur Fabrikarbeit tauglich gelten. Diese werden fast sämtlich beschäftigt, nämlich in der Spinnerei 339, in den anderen Fabrikationszweigen 344; nur 24 bleiben disponibel (Thun, Die Industrie am Niederrhein). Aus Viersen wird berichtet, daß jugendliche Arbeiter von 12 Jahren an, die in den Fabriken zu regelmäßiger Beschäftigung herangezogen werden, von morgens 6—12 Uhr und nachmittags von 1 bis 4 Uhr arbeiten, um von 5 bis 8 Uhr die Fabrikschule besuchen. Wie gering der Nutzen eines derartigen Schulbesuches für den geistigen Fortschritt des jugendlichen Arbeiters sich erweist, ist leicht erdenkbar. Neben der Kinderarbeit ist die der Frauen natürlich stark vertreten; wie noch heute, so zeichnete sich schon damals besonders die Spinnerei durch die starke Heranziehung weiblicher Arbeitskräfte aus.

Nach diesem nimmt es uns weiter nicht Wunder, wenn der Lohn auf einer sehr tiefen Stufe steht. So beträgt 1844 in einer Handspinnerei, die 111 Personen, darunter 54 jugendliche beschäftigt, die tägliche Gesamtausgabe von Lohn Mk. 70.—. Unter den Arbeitern hat der höchstgelohnte, der Roving- oder Vorspinner, einen Tagesdurchschnittslohn von Mk. 1.90, der niedrigstgelohnte jugendliche Arbeiter einen solchen von 23 Pfennig. 1849 ist in einer Spinnerei das Jahresdurchschnittsverdienst eines Rahmenspinners 175 bis 185 Taler, der einer Spinnerin im Jahre 1851 100—105 Taler. Ein Arzt aus Viersen berichtet, daß bei gewöhnlichem Geschäftsgang die Arbeitslöhne so gering sind, daß die Weber damit der großen Zahl nach sich und ihre Familie kaum ernähren können.

Ist der Lohn ein sehr niedriger, so doch die Arbeitszeit eine äußerst lange. So berichtet noch Thun a. a. O., daß in den 70er Jahren Arbeitszeiten von 12 Stunden das Minimum in den Textilfabriken ist, während sie gewöhnlich 14—15 Stunden, oft und zwar nachweisbar sogar 16—17 Stunden beträgt. Ein Bericht aus Diersen spricht von einer Arbeitszeit im Sommer von 5 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, im Winter von 6 Uhr morgens bis 9 Uhr abends bei einer kurzen Mittagspause. Zwar hat sich Ende der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts in unserem Bezirk eine Vereinigung von Arbeitgebern gebildet mit dem Zwecke, die Arbeitszeit in geschlossenen Betrieben zunächst auf 12 Stunden, dann um eine weitere auf 11 Stunden zu verkürzen. Bei der Gründung dieses Vereins wird auf die englische Industrie hingewiesen, die bei geringerer Arbeitszeit und höheren Löhnen besser produziere als die kontinentale. Obwohl im Handelskammerbericht des Jahres 1868 ausdrücklich auf die wohltätige Wirkung der Arbeitszeitverkürzung hingewiesen wird, hält der Verein nicht lange Stand. Schon bei der Gründung gibt es eine größere Zahl von Outsidern, die sich bei der Hochkonjunktur der 70er Jahre bald mehr und mehr vergrößert, sodaß der Verein sich zur Auflösung gezwungen sieht. Die Folge davon ist die Rückkehr zur alten Arbeitszeit. So zeigt sich auch hier wieder, daß eine dauernde Verkürzung der Arbeitszeit nicht durch einen gemeinsamen Beschluß der Unternehmer durchgeführt werden kann, sondern daß einige von diesen bei der ersten günstigen Gelegenheit sich nicht mehr an diesen kehren. Sie können dazu nur gebracht werden durch einen äußeren Zwang, der heute gewöhnlich vom Staate oder der koalierten Arbeiterschaft ausgeht.

Trotz dieses langen Arbeitstages oder auch gerade deswegen ist das Ergebnis der Arbeit des Einzelnen sehr gering und deshalb die Arbeiterzahl im Verhältnis zur Gesamtproduktion eine unverhältnismäßig große. So erfordert die Bedienung eines Webstuhles 4 Arbeiter, während heute umgekehrt 1 Weber, je nach der Art des herzustellenden Artikels 1—8 und mehr Stühle bedient. „Wurde in der alten Handspinnerei der 50er Jahre auf 1000 Spindeln in 12 Stunden täglich mit 42 Arbeitern 250 englische Pfund eines bestimmten Garnes hergestellt, welches dazu vor dem Verweben vom Weber noch abgespult werden mußte, so produziert heute eine neuere Mulespinnerei auf 1000 Spindeln in 11stündiger Arbeitszeit mit 14 Arbeitern etwa 1000 Pfund desselben Garnes in zum Verweben

fertigen Cops, pro Arbeiter also ungefähr das 12 fache." Diese Art der Produktion ist nur möglich, solange der Lohn auf einer sehr niedrigen Stufe steht. Eine Steigerung der Löhne muß deshalb zur Durchführung technischer Verbesserungen führen, die gewöhnlich Hand in Hand gehen mit einer Besserung der Lage der Arbeiter. Die Richtigkeit dieses Satzes hat sich auch im Gladbacher Bezirk erwiesen. Sind die Löhne in den ersten 40 Jahren des 19. Jahrhunderts auf gleicher Höhe geblieben und von 1840—50 nur um weniges gestiegen, vielleicht um 10 %, so tritt in den 50er Jahren eine bedeutende Steigerung — bis 1860 um 50 % und mehr — ein. Eine derartige Höhe des Lohnes kann aber der alte Handbetrieb nicht ertragen; es beginnt eine allgemeine Mechanisierung des Betriebes, der Maschinenwebstuhl und die motorisch betriebene Spinnmaschine gewinnen die Oberhand. Während 1849 noch 5056 Handstühle für Baum- und Halbwolle, dagegen noch kein mechanischer Webstuhl im Betriebe stehen, lauten die entsprechenden Zahlen für 1861 5249 bezw. 1194, für das Jahr 1878 aber 1022 bezw. 5122. 1855 beschäftigt die Handspinnerei noch 40 Roving- (Vorspinn-) Maschinen mit 840 Arbeitern und etwa 20 000 Spindeln. 1859 ist die Zahl auf 8 bezw. 170 Arbeiter und 4000 Spindeln heruntergegangen. 1860 sind auch wohl diese zum Stillstand gekommen.

Diese ganze Entwicklung hat sich fast eigentlich ohne tätiges Eingreifen der Arbeiter vollzogen. Die Lohnerhöhung in den 50er Jahren ist nur eine Folge der Hochkonjunktur und des sich einstellenden Arbeitermangels. Wohl ist das Jahr 1848 nicht spurlos an Gladbachs Mauern vorübergegangen, doch bleibt die Arbeitermasse davon unberührt. Es sind vielmehr liberale bürgerliche Elemente. Erst in den 60er Jahren macht sich unter den Arbeitern eine Bewegung geltend. So berichtet die Handelskammer aus dem Jahre 1868 von einer wachsenden Unzufriedenheit des Arbeiters mit seiner Lage und einer willigen Aufnahme sozialistischer Ideen. Diese Bewegung wird im folgenden Jahre durch einen Schüler Lasalles mit Namen Mende geschürt und findet ihren Höhepunkt in einem größeren Krawall. Mit der Verhaftung und Unschädlichmachung des Anstifters Mende fällt die ganze Bewegung wieder in sich zusammen, ein Beweis dafür, wie wenig tief die Lehre Lasalles in die Arbeiterschaft gedrungen ist. Und bis zum heutigen Tage hat der sozialistische Gedanke unter den Arbeitern wenig Verbreitung gefunden. So ist die Zahl der im deutschen Textilarbeiterverbande Organisierten eine ziemlich geringe und

zeigt trotz eifrigster Agitation eine minimale Zunahme. Doch soll damit nicht gesagt werden, daß die oben erwähnte Episode so ganz ohne Bedeutung für die fernere Entwicklung gewesen ist. Sie hat zum ersten Male den Arbeiter aufgerüttelt und ihn auf den Weg der Selbsthilfe durch gemeinsames, geschlossenes Vorgehen verwiesen. Verschwindet dieser Gedanke der Assoziation vorerst wieder infolge der Besserung der Lage des Arbeiters während der nun folgenden guten Konjunktur, so lebt er doch im stillen weiter. Er bleibt dem Denken der Arbeiter vertraut. Neben anderem wie Betonen der christlichen Tendenz und Begünstigung durch die katholische Geistlichkeit erklärt sich vor allem hieraus der schnelle Zulauf, den der christlich-soziale Textilarbeiter-Verband gleich nach seiner Gründung unter der Arbeiterschaft gefunden hat. Mit diesem sind wir schon an der Pforte der neueren Entwicklung angelangt, deren eingehendere Betrachtung die Aufgabe der folgenden Ausführungen sein soll.

Das folgende Kapitel soll uns mit der Zahl der Arbeiter, ihrer Gliederung und ihrem Aufbau bekannt machen. Der Industriebezirk Gladbach vereinigt auf verhältnismäßig kleinem Gebiete eine große Anzahl von Fabriken der Textilbranche. Vor allem ist hier die Baumwollindustrie heimisch; neben dieser tritt die Samt-, Seiden- und Leinenindustrie ganz zurück. Letztere hat sich nur als Rest der ursprünglich vor der Einführung der Baumwolle allein herrschenden Leinenindustrie in einigen wenigen Fabriken und in einem kleineren Bezirk sogar noch in der Form der Hausindustrie erhalten. Die Seiden- und Samtindustrie zeigt sich vor allem in dem nördlichen Teile des Bezirkes. Hier macht sich schon die Nähe der Seidenstadt Krefeld bemerkbar. Doch läßt sie auch in diesem Gebiete ein Anwachsen der Bedeutung der Baumwollindustrie nicht verkennen. Diese drückt der ganzen industriellen Beschäftigung ihren Stempel auf. Die Baumwolle wird hier versponnen, verwebt, gefärbt und gedruckt; kurzum, sie durchläuft hier alle Stadien vom Rohstoff bis zum fertigen Produkt, zur fertigen Handelsware. Damit ist die Bedeutung der Baumwollindustrie des Bezirks aber noch nicht erschöpft. „Es schließt sich vielmehr unmittelbar an die Herstellung der fertigen Stoffe ein in den letzten Jahren besonders aufgeblühter Industriezweig an, der diese Stoffe fabrikmäßig zu fertigen Kleidern, namentlich Arbeiteranzügen, verarbeitet, die Gladbacher Konfektion." Doch kommt dieser Industriezweig für die fernere Behandlung wenig in Betracht, da gerade hier die ausgedehnteste Heranziehung weiblicher Arbeitskräfte

stattfindet. Die folgende Statistik gibt in dieser Beziehung ein falsches Bild, da hier nur die Fabrikkonfektion berücksichtigt wird, nicht aber die hausindustrielle. In dieser, die etwa 5—6000 Arbeitskräfte beschäftigt, sind nur Arbeiterinnen tätig. Wie überall in der Textilindustrie, so findet auch in unserem Bezirk eine zahlreiche Verwendung weiblicher Arbeitskräfte statt. Der Prozeß der Ersetzung der teuren Männerarbeit durch die billigere Frauenarbeit hat in den letzten Jahren zwar nur langsame, aber doch stetige Fortschritte gemacht. Vor allem herrscht die weibliche Arbeiterkraft in der Spinnerei vor. So berichtet eine größere Baumwollspinnerei, daß von insgesamt 280 Arbeitern nicht weniger als 226 weibliche Arbeiter sind; für eine andere lauten die entsprechenden Zahlen 356 bezw. 236. Die Arbeiterinnen finden hier Verwendung an der Vorspinnmaschine wie auch an der eigentlichen Spinnmaschine. Diese Hauptarbeiterinnen erhalten Lehr- und Hülfsmädchen; so erhält jede Vorspinnerin ein Lehrmädchen, das sie in ihrer Tätigkeit unterstützt. An der Spinnmaschine, die das fertige Garn liefert, besorgen Hülfsmädchen das Aufstecken und Abnehmen der Spulen. Die Weberei weist dagegen ein Vorherrschen der Männerarbeit auf. In Betrieben dieser Art werden weibliche Arbeitskräfte hauptsächlich als Stopferinnen, Nopperinnen, Spulerinnen ꝛc. verwandt, Arbeitstätigkeiten, die allerdings das eigenste Arbeitsfeld der Arbeiterin sind. Ueber den Aufbau der Arbeiterschaft in der gesamten Textilindustrie des Bezirks mag folgende Zusammenstellung Aufschluß geben. Allerdings sind hierbei die Arbeiter der Seiden-, Samt- und Leinenindustrie mitgezählt, ihre Zahl beträgt etwa 13 000. Der Anteil, den die Frauen- und Kinderarbeit in der Baumwollindustrie hat, wird durch diese Mitzählung aber eher abgeschwächt als erhöht. Sie bezieht sich auf die Jahre 1907 und 1909 und umfaßt den gesamten Handelskammerbezirk M.-Gladbach.

Bezeichnung der Industriezweige		Zahl der Fabriken			Anzahl der in Fabriken beschäft. Personen			
		überhaupt	mit					
			Arbeiterinnen üb. 16 Jahr.	jugendl. Arbeitern	erwachs. männl. Arbeiter	Arbeiterinnen üb. 16 Jahr.	Jg. Leute von 14–16 J.	Kinder unter 14 Jahren
Textilindustrie	1907	463	355	345	23948	17282	5095	212
	1909	484	364	360	23852	17964	5193	130
Kleider- und Wäsche-Fabriken	1907	72	59	62	1073	719	263	7
	1909	112	88	76	1066	937	297	5
Werkstätten der Kleider- und Wäsche-Konfektion	1907	250	188	117	95	439	188	1
	1909	232	164	109	40	359	157	4

Der Vergleich der beiden Jahre ergibt eine Bestätigung des oben aufgeführten Satzes von einer langsamen Verdrängung der männlichen Arbeit durch die weibliche. Diese greift um so mehr um sich, je mehr die Technik die größere Körperkraft erfordernden Handgriffe automatisch ausführen läßt. Die Zahl der in der Baumwollindustrie beschäftigten Kinder hat eine stete Abnahme erfahren und diese Entwicklung hat sich bis in die letzten Jahre fortgesetzt. Wie wir in der Einleitung gesehen haben, ist die Heranziehung der Kinder zur Fabrikarbeit in früheren Jahren eine überaus starke gewesen. Hier hat unsere Sozialgesetzgebung mit gutem Erfolge eingesetzt, sodaß heute nur eine verschwindend kleine Anzahl von Kindern unter 14 Jahren in der Fabrik tätig ist. Die Arbeitgeber haben sich nach anfänglichem Widerstreben doch bald in diese gesetzliche Maßregel gefügt und heute sind Verstöße gegen dieses Gesetz ganz selten. Wir sehen, daß die Zahl der Betriebe, die keine Arbeiterinnen anstellen, eine ziemlich geringe ist. Sie wird noch kleiner, wenn man bedenkt, daß unter diesen Betrieben eine Anzahl kleinerer Färbereien und Rauhereien enthalten sind, die, wie überall in Betrieben dieser Art, weibliche Arbeitskräfte nicht verwenden. Ein Vergleich mit dem Jahre 1907 zeigt eine stetige Zunahme der Zahl der Fabriken, die Arbeiterinnen beschäftigen. Betrachten wir nun die Verteilung der Arbeiter auf die einzelnen Gewerbezweige, so ergibt sich folgendes Ergebnis: Am 1. Januar 1908 entfallen auf die Baumwollspinnerei 7993 Arbeiter, 4441 auf die Baumwollspinnerei und Weberei, 2220 auf die Baumwollweberei und endlich 6204 auf die Weberei und

gemischten Waren. Die Fabrikation dieser letzteren Stoffe hat in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen. Hinzu kommen noch die Färbereien, Druckereien und Rauhereien, Betriebe, welche die hergestellten Stoffe erst handelsfähig machen. Diese sind meistens als Nebenbetriebe zu den Webereien, die Färbereien auch zu den Spinnereien vorhanden, jedoch auch als selbständige Betriebe vertreten. Die Arbeiter in ihnen sind der Regel nach männliche. Auch in diesen Industriezweigen werden einige Tausend Arbeiter beschäftigt, sodaß also die Gesamtzahl der in der Baumwollindustrie tätigen Arbeitskräfte zirka 33 000 beträgt.

Wo wohnen diese Arbeitermassen? Wie erfolgt ihr Zuwachs? Konzentrieren sie sich mehr oder weniger in einem Mittelpunkt oder ist ihre Wohnweise eine dezentrale? Bevor wir näher auf die Beantwortung dieser Fragen eingehen, wollen wir einige Zahlen anfügen. Im Kreise Gladbach entfallen auf die vier Städte etwas über 160 000 Personen, auf die Landgemeinden 70—80 000. Dabei ist zu bemerken, daß einzelne Teile der mitgezählten Städte durchaus ländlichen Charakter tragen. Aus diesen zwei Zahlen ist schon zu ersehen, daß die Bevölkerung sich nicht in einigen wenigen Städten zusammenballt, sondern über das ganze Gebiet verstreut ist. Ein großer Teil der Arbeiter kommt tagtäglich aus den umliegenden Landbezirken in die Stadt, wo er sein Mittagsmahl in der Fabrik verzehrt, um dann abends wieder zu den Seinen zurückzukehren. Diese Dezentralisation ist eine Folge der geschichtlichen Entwicklung. Das Anwachsen der Industrie ist nicht ein so rapides gewesen wie z. B. in der Eisenindustrie und im Bergbau, sondern diese hat sich ziemlich im gleichen Verhältnis wie die Bevölkerung und deren Kaufkraft vergrößert. Die Folge dieser langsamen Entwicklung ist, daß die Wohnungsnachfrage keine außerordentlich große geworden ist, sodaß die Privatspekulation sich wenig mit der Bautätigkeit abgibt wie auch mit dem Grundstückankauf und -verkauf. Dadurch werden aber die Preise für Grundstücke nicht in unnatürlichem Maße in die Höhe getrieben, sie halten sich niedriger und stetiger. So wird es dem Arbeiter erleichtert, ein Stück Land zu erwerben, um sich ein Häuschen zu bauen oder auch, da die Preise der Häuser aus den eben erwähnten Gründen verhältnismäßig niedriger sind, ein Haus zu kaufen. Als weiteres wichtiges Moment müssen hier die ländlichen Besitzverhältnisse herangezogen werden. Wie fast überall im Rheinland ist auch hier ausgesprochener Kleinbesitz vorherrschend, ein Kleinbe-

sitz als Folge des Erbrechtes, wie es hier immer bestanden hat und durch das längere Zeit hier geltende französische Recht noch begünstigt worden ist. Mit dem Anwachsen der Städte und der wachsenden Bedeutung der Industrie ist dieser Kleinbesitz noch größer geworden, weil einesteils eine noch „intensivere Gartenbaukultur eingeführt werden kann und weil andererseits die Gelegenheit zum Nebenerwerb und zum Erwerb überhaupt für die überschüssigen Arbeitskräfte der Familie gegeben ist". So finden wir denn hier landwirtschaftliche Beschäftigung neben der Fabrikarbeit sehr häufig. Die berufliche Einteilung für die Kreise M.-Gladbach Stadt und Land ergibt nach der Zählung von 1895

Berufszweige	Erwerbstätige im Hauptberuf	Erwerbstätige im Nebenberuf
Land- und Forstwirtschaft	6635	10867
Industrie	31581	537

Aus der Zahl 10867 ersieht man die Bedeutung, welche die Landwirtschaft als Nebenberuf für unseren Bezirk hat und wir werden mit der Annahme nicht fehl gehen, daß die größte Zahl der Erwerbstätigen, welche die Landwirtschaft nebenberuflich betreiben, ihren Hauptberuf in der Industrie, und zwar der vorherrschenden, der Baumwollindustrie finden. Auch diese häufige Verbindung von Fabrik- und landwirtschaftlicher Arbeit läßt sich aus der geschichtlichen Entwicklung erklären. Denn gerade die ländliche Bevölkerung hat schon früher in der hausindustriellen Tätigkeit des Spinnens und Verwebens des selbstgezogenen Flachses einen schätzenswerten Nebenverdienst gefunden neben dem Gewinn, den sie aus ihrem kleinen Landbesitz erhalten hat. Als sich später die Industrie mehr und mehr in die Fabrik verzieht und sich in dieser und an einigen Punkten konzentriert, da macht auch die bisher hausindustriell tätige Bevölkerung mit mehr oder weniger Widerstreben diese Entwicklung mit. Wenn nun im Laufe der Zeit die Zahl der eigentlichen Fabrikarbeiter, die nur von dem Verdienst ihrer Fabrikarbeit leben, stark zugenommen hat, so ist doch hinwieder die Zahl der oben skizzierten Arbeiter so bedeutend und die Verbindung von Fabrikarbeit und landwirtschaftlicher Tätigkeit sowohl aus wirtschaftlichen wie auch sozialen Gesichtspunkten wichtig genug, um besonders hervorgerufen zu werden. „Die Nebenbeschäftigung des Fabrikarbeiters mit Feld- und Gartenarbeit bietet eine den Körper und Geist stärkende Abwechs-

lung, und in Zeiten ungünstiger Konjunktur geben die Erzeugnisse der Landwirtschaft eine wünschenswerte Ergänzung zum Verdienst durch die Fabrikarbeit, sodaß Verarmung infolge von Erwerbslosigkeit und diese selbst auf einen geringeren Grad beschränkt bleibt". So findet denn tagtäglich ein gewaltiges Hin- und Herfluten zu und von der Arbeitsstätte statt. Wie stark der Arbeiterverkehr im Handelskammerbezirk sich entwickelt hat, mögen folgende Zahlen beweisen. Für die Orte M.-Gladbach, Rheydt, Odenkirchen, Mülfort und Wickrath stellt sich der Verkehr auswärtiger Arbeiter auf den Hauptbahnlinien wie folgt:

Es sind im Jahre 1909 Arbeiter gefahren aus der Richtung

Aachen	Dalheim	Viersen	Hochneukirch	Oxenrath	Neuß	Neersen	nach
152	156	319	137	1	206	80	M.-Gladbach
510	488	13	294	3	1	—	Rheydt
13	10	2	124	12	—	—	Mülfort
1	1	—	45	16	3	—	Odenkirchen
82	—	26	—	—	—	—	Wickrath

Von den in Viersen beschäftigten auswärtigen Arbeitern kommen aus der Richtung:

Süchteln	Dülken-Brüggen	Gladbach	Venlo
212	142	68	6

Von den in Dülken beschäftigten Arbeitern kommen aus der Richtung:

Brüggen	Kaldenkirchen	Viersen
40	232	12

Wir können in allen Städten eine starke Beschäftigung ländlicher Fabrikarbeiter, d. h. solcher Fabrikarbeiter, die auf dem Lande wohnen, konstatieren. In 234 Fabriken, welche auswärtige Arbeiter beschäftigen, beträgt deren Zahl insgesamt 4 243. Auf die wichtigsten Orte des Bezirks verteilen sie sich in folgender Weise:

Namen des Ortes	Zahl der Fabriken	Zahl der Arbeiter
M.-Gladbach	96	1202
Rheydt	55	1355
Odenkirchen-Mülfort	17	227
Wickrath	6	164
Viersen	18	428
Dülken	16	284

Der Rest von 584 Arbeitern verteilt sich in 26 Betrieben auf die kleineren Orte. Ein weiteres Merkmal für die dezentrale Wohnweise für das häufige Wohnen der Fabrikarbeiter auf dem Lande geben die Zahlen der von den kleineren Stationen jährlich verausgabten Arbeiterwochenkarten nach den Industriestädten des Bezirks. Es sind im Jahre 1909 an Arbeiterkarten ausgegeben worden an den Stationen:

nach	M.-Gladbach	Dülken	Rheydt	Viersen	Odenkirchen
Corschenbroich	5052				
Boisheim	300	2763		1340	
Breyell	460	3535		2048	
Venlo	360	1924		884	
Anrath	1910			2610	
Arsbeck	100		1012		
Baal	680		2450		
Erkelenz	1708		3498		
Günhoven	1148		2916		
Neersen	1055				
Neuwerk	2015				
Rheindahlen	1758		5268		
Hochneukirch			660		2840
Jüchen			396		520
Otzenrath	194				999
Geuhausen	442		3208		
Wegberg			6064		

In einer Anzahl von mir untersuchten Fabriken die über 1400 Arbeiter beschäftigten, wohnen etwas über 700 Arbeiter in der Stadt, in welcher die Fabrik liegt; der andere Teil kommt von auswärts aus teilweise ziemlich erheblicher Entfernung täglich herüber. Die Eisenbahnverwaltung trägt diesem Verkehre Rechnung durch Einlegung besonderer Arbeiterzüge und Herausgabe von Arbeiterwochenkarten sowie Monatskarten und Monatsnebenkarten. Letztere werden an Arbeiter und deren Angehörige verkauft, wobei die Nebenkarte ungefähr den halben Preis der Monatskarte besitzt. Sie berechtigen zur Fahrt III. Klasse und kommen unter Umständen noch billiger als die Wochenkarten. Dadurch ist es den Arbeitern ermöglicht, oft ziemlich weit von ihrer Arbeitsstätte entfernt zu wohnen. Neben der Beförderung durch die Staatsbahn kommt die durch die elektrischen Straßenbahnen in Betracht, welche die verschiedenen Kommunen in

richtiger Erkenntnis der Sachlage in ausgedehntem Maßstabe angelegt haben. So sind im Laufe des letzten Jahrzehntes die Strecken M.-Gladbach—Hardt—Burgwaldniel, M.-Gladbach—Viersen—Dülken—Süchteln, M.-Gladbach—Rheindahlen, ferner von Rheydt aus die Linien Rheydt—Gießenkirchen, Rheydt—Wickrath und Rheydt—Rheindahlen entstanden. Diese Entwicklung hat heute noch nicht ihr Ende erfahren, denn M.-Gladbach hat erst vor kurzem den Bau der Bahn nach Lürrip sowie nach Neersen beschlossen. *) So strecken diese Städte ihre Fühler nach allen Seiten aus und umspannen den ganzen Bezirk mit einem engmaschigen Netz solcher Bahnen. Um den Arbeitern die Benutzung derselben zu ermöglichen, werden ihnen besondere Preisvergünstigungen für die Zeit von 6—7½ Uhr vormittags, 12—1½ Uhr nachmittags, 6—8 Uhr abends und Samstags abends von 5—8½ Uhr zugestanden. Der Erfolg dieser Anordnungen hat bald bewiesen, daß sie einem Wunsche und Bedürfnis der Arbeiter entgegengekommen ist. Viele benutzen auch das Rad, um bequem und rasch zu ihrer Arbeitsstätte zu gelangen, andere sogar scheuen nicht davor zurück, täglich den oft ziemlich weiten Weg zur Fabrik und zurück zu Fuß zurückzulegen. Das mag einstweilen genügen über die Wohnweise der Arbeiter; die Wohnungen als solche sollen in einem späteren Kapitel behandelt werden. Im folgenden wollen wir einige Worte über die Ergänzung der Arbeiter sagen. Hier muß vor allem betont werden, daß die in der niederrheinischen Baumwollindustrie beschäftigten Arbeiter zum weitaus größten Teile einheimisch sind. Sie sind von Jugend auf mit dem Gedanken vertraut, durch Fabrikarbeit in der Baumwollindustrie ihr Brot zu verdienen. Sie sehen diese Beschäftigung bei ihren nächsten Angehörigen, bei ihren Verwandten und Bekannten. Daß diese fast schon mit der Muttermilch eingesogene Bekanntschaft mit ihrem späteren Beruf auf sie selbst, ihre Tüchtigkeit, einwirken muß, ist ganz klar. So ergänzt sich die Arbeiterschaft zum größten Teil aus dem natürlichen Zuwachs der heimischen Bevölkerung. Es ist dieses auch möglich, da in der Textilindustrie nicht, wie in anderen Industriezweigen eine rapide Zunahme der Produktion und damit auch des Bedarfes an Arbeitskräften möglich ist. Die Zahl der Arbeiter ist vielmehr im letzten Jahrzehnt ziemlich stabil gewesen, die Zunahme nur eine äußerst geringe. Dies erklärt sich daraus, daß der technische Fortschritt eine Ersparnis an

*) Inzwischen sind beide Strecken in Betrieb genommen.

Arbeitskräften bei einer Zunahme der Produktion ermöglicht. Nun hat sich aber doch im Laufe der letzten Hochkonjunktur ein starker Arbeitermangel herausgestellt. Trotzdem findet eine Heranziehung fremder auswärtiger oder ausländischer Arbeiter ziemlich selten statt. Versuche in dieser Richtung sind immer nur vereinzelt vorgenommen worden, zum Teil durch besondere Umstände bedingt, und es ist fraglich, ob sie in der weiteren Entwicklung häufiger gemacht werden. Was dafür spricht, ist der anhaltend große Arbeitermangel, der sich bei jeder Hochkonjunktur vor allem in der Spinnerei bemerkbar macht. So sahen sich viele derartige Betriebe während der letzten guten Geschäftsperiode gezwungen, einen Teil ihrer Spindeln aus Mangel an Arbeitskräften stillzustellen. Die Arbeiter ziehen nämlich die Tätigkeit in der Weberei vor und verlassen, wenn diese stark beschäftigt ist, ihre frühere Arbeit, um dort eintreten zu können. Ist die Weberei aber stark beschäftigt, so ist naturgemäß auch die Spinnerei mit Aufträgen überhäuft, doch können diese infolge des Arbeitermangels nur zum Teil ausgeführt werden. Bei Nachlassen der Konjunktur kehren die in der Weberei entlassenen Arbeiter wieder zur Spinnerei zurück. So kommt es, daß z. B. die Spinnereien in der jetzigen für sie sehr ungünstigen geschäftlichen Lage mehr produzieren als während der letzten Hochkonjunktur. Dieses sind unerquickliche Zustände, die eben nur durch Heranziehung fremder Arbeitskräfte gehoben werden können. Doch hat dies auch wieder seine Schattenseiten, denn diese fremden Arbeitskräfte müssen angelernt werden. Ist dieses ziemlich kostspielig, so ist der Erfolg ein äußerst ungewisser. Es wird auf jeden Fall eine längere Zeit verstreichen, bis sie die Geschicklichkeit der heimischen Arbeiter erlangt haben. Sind sie aber angelernt, so können sie in jedem Betriebe unterkommen. Der Unternehmer läuft also Gefahr, daß die von ihm aufgewandte Mühe und Arbeit anderen, d. h. seinen Konkurrenten, zugute kommt. Das sind die schwerwiegenden Gründe, die gegen eine stärkere Heranziehung auswärtiger Arbeiter sprechen. Deshalb ist es auch nicht zu verwundern, daß bis jetzt Versuche immer nur vereinzelt und nicht in größerem Umfange gemacht worden sind. Nun haben aber in letzterer Zeit seit der Verkürzung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen auf 10 Stunden eine ganze Anzahl von Spinnereien des Bezirks ihren Betrieb um circa 10 % und mehr vergrößert. Die Folge ist ein noch schärfer hervortretender Arbeitermangel während der nächsten Hochkonjunktur. Ob dieser die der Heranziehung auswärtiger Arbeiter entgegen-

stehenden Schwierigkeiten überwinden wird, ist eine Frage der Zeit. Zum Schlusse mag darauf hingewiesen werden, daß diese fremden Arbeiter — sie kommen zum größten Teil aus der Eifel, dann aus Holland und Oesterreich — kulturell tiefer stehen als die heimischen Arbeiter. Solange diese Versuche mit ihnen nur vereinzelt geschehen, entsteht daraus kein Schade, mehren sich diese aber, so haben sie die Tendenz, die Lebenshaltung der alteingesessenen Arbeiter herabzudrücken, was auf jeden Fall zu vermeiden ist. Wie dies verhindert werden kann, welchen Einfluß dabei die Arbeiterorganisationen haben, wird später erörtert werden; hier mag einstweilen der bloße Hinweis genügen.

Wir haben schon oben kurz gestreift, daß die Arbeiter die Beschäftigung in der Weberei der in der Spinnerei vorziehen. Dieses hat die schon charakterisierte Erscheinung zur Folge, daß in Zeiten der Hochkonjunktur in den meisten Betrieben eine Anzahl Spindeln aus Arbeitermangel still stehen müssen. Diese Bevorzugung der Weberei rührt daher, daß die allgemeinen Arbeitsbedingungen in ihr günstiger sind. Die Weberei zahlt durchschnittlich höhere Löhne bei entweder gleicher oder kürzerer Arbeitszeit. Von den Betrieben, die der gleichen Kategorie angehören, werden bei gleichen Lohnverhältnissen die neueren Fabriken mit hohen luftigen Arbeitsräumen und guter Ventilation bevorzugt. Bei dem anhaltenden Arbeitermangel in Spinnereien mag diese Bevorzugung mit einen Anreiz zur Errichtung neuer Betriebe anstelle der alten mit ihren niedrigen Arbeitssälen bilden. Inwieweit dieser Grund bei den zahlreichen Neubauten derartiger Betriebe innerhalb der letzten Jahre mitgewirkt hat, läßt sich natürlich nur schwer entscheiden; wahrscheinlich wird er aber erst an zweiter Stelle zu erwähnen sein. Für die Wahl der Arbeitsstätte gibt natürlich vor allem den Ausschlag die Höhe des möglichen Verdienstes. Das mag im allgemeinen über die Gründe, welche die Wahl und einen eventuellen Wechsel der Arbeitsstätte bedingen, gesagt sein. Wir wollen im Folgenden uns etwas näher mit dem Wechsel selbst, seiner Häufigkeit, abgeben. Wir können im allgemeinen eine Abneigung des Arbeiters gegen allzu häufige Aenderung seiner Stellung konstatieren. Doch hat der Wechsel in den letzten Jahren eine stete Zunahme erfahren. Es sind besonders die jüngeren Arbeiter und Arbeiterinnen, die in dieser Hinsicht in Betracht kommen. Dennoch finden wir in unserem Bezirk nicht den starken Wechsel, wie er z. B. im Ruhrkohlengebiet herrscht. Er beträgt im Jahres-

durchschnitt pro Monat 4,4 %. Innerhalb der Textilindustrie weisen wiederum die Webereien den geringsten Wechsel auf. Dies erklärt sich daraus, daß in diesen Betrieben die männlichen Arbeiter an Zahl überwiegen. „Die größere Stabilität der männlichen Arbeiter ist wohl nur zum sehr geringen Teil durch ihr etwas höheres Durchschnittsalter gegenüber den Arbeiterinnen bedingt. Als Ursache der großen Stabilität der männlichen Arbeiter wären wohl anzuführen, angenehme Arbeitsbedingungen einerseits (Handwerker, Werkmeister) und die überhaupt größere „Disziplinierheit" der Arbeiter. Sie sind weniger als die Arbeiterinnen geneigt, kleiner Reibereien mit Werkmeister oder Arbeitsgenossen wegen davonzulaufen und glauben auch schwerer den Erzählungen guter Freunde von besserem Lohn in anderen Fabriken." Die Webereien einschließlich der Färbereien haben einen Wechsel von 4,1 %, die Spinnereien dagegen einen solchen von 5,2 %, wie folgende von der Gewerbeinspektion veröffentlichte Angaben ersehen lassen:

	Zahl der berücksichtigten Betriebe	durchschnittliche Arbeiterzahl 1906	1907	monatlicher Abgang für 100 Mann Belegschaft u. pro Jahr 1906	1907
Webereien	30	6439	6362	4,1	4,1
Spinnereien	30	10127	10567	5,2	5,2

Unter 674 männlichen Arbeitern hatten eine Anstellungsdauer

bis zu 1 Jahr	v. 1—5 J.	v. 6—20 J.	v. 21—30 J.	v. 31—50 J.
165	279	174	42	14

Wir können wohl mit Recht annehmen, daß sowohl Arbeitgeber wie auch die Arbeiter selbst Nutzen aus diesem Zustande ziehen und daß es nur segensreich wirken kann bezüglich des Arbeitsverhältnisses. Die Arbeitgeber haben natürlich ein erhebliches Interesse daran, einen möglichst großen Stamm alter gelernter Arbeiter zu besitzen. Deshalb gewähren auch manche von ihnen ihren Arbeitern nach einer bestimmten Anstellungszeit eine besondere Vergütung. So berichtet eine Firma, daß alle Arbeiter, die länger als 25 Jahre ununterbrochen in ihrem Dienste stehen, alljährlich einen achttägigen Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes erhalten. Diese Vergütung kam 1906 schon 60 Arbeitern zugute. Bei einer anderen Firma erhielten 65 Arbeiter, die

länger als 7 Jahre bei ihr ununterbrochen tätig waren, ein Sparkassenbuch im Betrage von 40—100 Mk. Aehnliche Prämien für lange Anstellungsdauer finden wir noch bei einer ganzen Reihe von Firmen. Dazu kommen noch Einrichtungen anderer Art, die aber dasselbe Ziel haben. In größerer Zahl finden wir Spezialfabrikkassen, die bei besonderen Gelegenheiten etwa Konfirmation oder Kommunion eines Kindes, Krankheit in der Familie, den Arbeiter pekuniär unterstützen. Dann gibt es wiederum Kassen, die dem Arbeitermitglied die Winterankäufe von Kohlen und Kartoffeln durch Vorschüsse ermöglichen. Wenn diese Kassen auch einen sehr wohltätigen Zweck verfolgen, so erschweren sie dem Arbeiter zu gleicher Zeit aber auch das Verlassen der Fabrik. Er ist dadurch stärker an seine Arbeitsstätte gebunden und damit auch der zwar nicht eingestandene, aber doch ersichtliche Zweck derartiger Einrichtungen erreicht. Auch in dieser Hinsicht wird die Stellung des einzelnen Arbeiters durch Zusammenschluß, durch Beitrittsorganisation verstärkt.

Das folgende Kapitel wird die Lohnverhältnisse zum Gegenstand der Behandlung haben. Zuerst wollen wir etwas näher auf die Lohnberechnung eingehen. Wie überall in der Textilindustrie, so ist auch in der niederrheinischen Baumwollindustrie die Akkordarbeit in weitestem Umfange vertreten und zwar der Einzelakkord. Ein Gruppenakkord, wie er in der Schweizer Textilindustrie üblich, ist hier gänzlich unbekannt. Der Vielseitigkeit der Industrie entsprechend herrscht auch in der Art der Akkordsätze eine große Mannigfaltigkeit. In der Spinnerei lautet der Einheitssatz auf eine bestimmte Menge des erzeugten Gespinnstes. Hier kommt die gereinigte Baumwolle zuerst auf die Vorspinnmaschine, dann auf die eigentliche Spinnmaschine. An den Vorspinnmaschinen hat jede Arbeiterin — es werden an beiden Maschinen fast nur weibliche Arbeitskräfte verwandt — eine jugendliche Arbeiterin als Lehrmädchen. Beide erhalten Akkordlohn. Dieses Vorgespinnst gelangt auf die eigentliche Spinnmaschine. An dieser arbeitet die Spinnerin allein bis auf das Aufsetzen leerer und Abnehmen der vollen Spulen, welches junge, im Tagelohn stehende Hülfsmädchen besorgen. Daß die Spinnerin nach dem Stück bezahlt wird, braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden. Die Hülfsarbeiter sowie die Tätigkeit an den Kratzen und Batteurs werden im Tagelohn vergütet. Soviel über die Berechnung der Löhne in der Spinnerei. Auch in der Weberei werden die Vorarbeiten an den Spul- und Zwirnmaschinen im Tagelohn bezahlt. Die hierzu ver-

wandten Arbeitskräfte sind fast durchweg junge Mädchen. Die Akkordsätze der Weber werden entweder direkt nach dem verwebten Stück oder nach der Anzahl der Schüsse berechnet. Um letztere Berechnung zu ermöglichen, sind sogen. Schußzähler am Webstuhl angebracht, welche die Anzahl der Schüsse selbständig registrieren. Dieses System der Akkordberechnung hat seit den letzten 3 bis 4 Jahren in der Buxkin- und Kammgarnweberei mehr und mehr Platz gegriffen und zwar haben dieses vielfach die Arbeiter mit Hülfe ihrer Organisation durchgeführt. Je nach dem herzustellenden Artikel, nach der Zahl der Schützen und Schäfte, der Zahl und Art der Kettenfäden wird pro 1000 Schuß ein Akkordsatz festgesetzt. Für Spezialarbeiten, wie Musterweben sind besondere Bestimmungen getroffen. Entweder geschehen sie in Akkord und dann ist ein besonderer Akkordsatz für sie aufgestellt oder sie geschehen im Tagelohn, wobei dann gewöhnlich der Durchschnittslohn der letzten Wochen vergütet wird. Für langsam laufende Stühle wie für groben Schuß ist ein besonderer Akkordsatz vereinbart. Aus diesen kurzen Bemerkungen ergibt sich schon, daß die Lohnliste der einzelnen Betriebe eine große Mannigfaltigkeit aufweisen muß, welche die Berechnung der Löhne sehr erschwert. Neben anderen Gründen hat dieses in der Gladbacher Baumwollindustrie hauptsächlich zur 14 tägigen Lohnperiode geführt. Diese schlechte Uebersichtlichkeit der Lohnliste bringt für den Arbeiter den Nachteil mit sich, sein Gesamtverdienst schwer berechnen zu können, sodann werden dadurch der Aufsetzung allgemeiner Lohn- und Arbeitstarife große Schwierigkeiten in den Weg gestellt. Es kann nun in den Webereien häufiger vorkommen, daß die Weber schlechtes Material erhalten, sodaß ihnen dadurch unverschuldet ein mehr oder weniger großer Lohnausfall entsteht. In diesen Fällen erhalten die Weber eine besondere Vergütung oder es wird der durchschnittliche Lohn der letzten Wochen zugrunde gelegt und sie werden dann nach der Zeit bezahlt. In manchen Betrieben tritt auch in solchen Fällen der Arbeiterausschuß in Tätigkeit. Die Weber haben dann ihre Beschwerde über Arbeit mit andauernd schlechtem Material dem Arbeiterausschuß mitzuteilen. Dieser nimmt die Sache in die Hand, untersucht die Richtigkeit der Beschwerde und meldet dementsprechend dem Fabrikherrn, der dann für Abhülfe und Vergütung sorgt. Ein anderer Fall, wo der Weber ohne sein Verschulden einen Lohnausfall erleiden kann, ist der des Wartens auf Material. Dieses läßt sich nicht ganz vermeiden und in Zeiten schlechter Konjunktur kommt dieser Fall überaus häufig in

Frage. Hier wird der Weber nach einer bestimmten Wartezeit, gewöhnlich 6—8 Stunden während einer Löhnungsperiode, für die ihm nichts vergütet wird, mit dem halben Tagelohn der letzten Wochen bezahlt. Soll in Zeiten schlechter Konjunktur die Vergütung für das Warten teilweise wegfallen, so ist auch hier vielfach eine vorherige Vereinbarung mit dem Arbeiterausschusse bestimmt. Als weiteres wichtiges Moment für die Berechnung des Lohnes des Webers kommt die Zahl der von ihm zu bedienenden Stühle in Betracht. In den letzten Jahren sind die Arbeitgeber mehr und mehr zur Durchführung des Zwei- und Mehrstuhlsystems übergegangen. Die Frage der Bezahlung der Arbeit auf diesen Stühlen ist nach manchen Kämpfen jetzt ziemlich allgemein dahin geregelt, daß der Doppelstuhlweber für den Nebenstuhl einen bestimmten Zuschlag zu seinem Verdienste vom Hauptstuhl erhält. Dieser Zuschlag schwankt zwischen 50 und 75 %. In den Färbereien und Druckereien und den anderen Hülfsgewerben kommen, wo angängig, ebenfalls Akkordlöhne in Betracht. Damit hätten wir in kurzen Zügen die Art der Lohnberechnung behandelt, um jetzt auf den Lohn als solchen einzugehen. Wie überall so hat auch in unserem Bezirk der Lohn in den letzten Jahrzehnten eine fortwährende Steigerung erfahren, sowohl absolut wie auch relativ, d. h. im Vergleich zur Preisentwicklung der für die Arbeiter hauptsächlich in Betracht kommenden Bedürfnisartikel, sodaß wir eine Steigerung der Lebenshaltung konkonstatieren können. Als Anhalt hierfür mag die Zusammenstellung dienen, welche von der Textil-Berufsgenossenschaft herausgegeben wird. Bei der Beurteilung dieser Zahlen ist zu bemerken, daß diese Statistik nur in ganz groben Zügen die Entwicklung wiedergibt; denn einmal enthält sie die ganze Zahl der Jugendlichen, die natürlich das Niveau herabdrücken, dann aber auch die der Versicherungspflicht unterliegenden Angestellten und die freiwillig Versicherten. Diese erhöhen natürlich den Durchschnitt. Beim Bewerten der Statistik muß man sich also dieses immer vor Augen halten. Die Löhne in der niederrheinischen Baumwollindustrie berechnen sich nach den berufsgenossenschaftlichen Nachweisen auf den Kopf eines Arbeiters im Jahresdurchschnitt wie folgt:

1888	M. 643.—	1899	M. 731.—
1889	„ 640.—	1900	„ 754.—
1890	„ 641.—	1901	„ 733.—
1891	„ 634.—	1902	„ 744.—
1892	„ 634.—	1903	„ 762.—
1893	„ 645.—	1904	„ 776.—
1894	„ 638.—	1905	„ 800.—
1895	„ 654.—	1906	„ 845.—
1896	„ 670.—	1907	„ 882.—
1897	„ 673.—	1908	„ 865.—
1898	„ 696.—	1909	„ 912.—

Wir sehen, daß im einzelnen im Anschluß an die schlechten Konjunkturen Lohnreduzierungen stattgefunden haben, ohne jedoch die allgemeine Aufwärtsbewegung dauernd zurückhalten zu können. Gruppieren wir die Löhne nun nach den einzelnen Industriezweigen, so zeigt sich, daß die Spinnerei die niedrigsten, die Weberei und Färberei die höchsten Löhne bezahlt. Dieses ist eine Folge der in der Spinnerei vorherrschenden weiblichen Arbeit. Für die eigentliche Arbeit des Spinnens werden ja fast nur Arbeiterinnen beschäftigt. Die vereinzelte Männerarbeit vermag hier nichts zu ändern, sie paßt sich dem allgemeinen Lohnniveau an. Die Vorbereitungsarbeiten an den Kratzen und am Batteur werden, wie schon erwähnt, nach der Zeit entlohnt. Die meist männlichen ungelernten Arbeiter an diesen Maschinen haben ein durchschnittliches Stundenverdienst von Mk. 0.25 bis 0.35 bei einer Arbeitszeit von täglich 10—11 Stunden. Je nach den einzelnen Betrieben zeigen sich natürlich hier Unterschiede. Wir können jedoch im allgemeinen obige Zahlen als Durchschnitt annehmen. Für den Spinner beträgt der mittlere Akkordlohn auf die Stunde berechnet, Mk. 0.38—0.40. Spinn- wie auch Kratzenmeister erhalten einen festen Wochen- oder Tagelohn, der je nach dem Alter und der Anstellungsdauer verschieden ist. Er dürfte sich im allgemeinen auf Mk. 0.45—0.50 für erstere und 0.45 für letztere pro Stunde berechnen, steigt aber besonders bei Spinnmeistern auf über 0.60 Mk. pro Stunde. In manchen Betrieben erfährt ihr Lohn noch eine Steigerung durch Bezahlung einer Prämie, die sie nach Ablieferung einer bestimmten Menge Garnes von den ihnen unterstellten Spinnmaschinen erhalten, die sich mit der Erhöhung dieser Menge steigert. Ueber die Wirkung dieser Prämien ist man sich in Fachkreisen jedoch selbst nicht klar, sodaß die Durchführung dieses Systems keine allgemeine ist.

Neben diesen Arbeitern kommen noch für jede Spinnerei einige ungelernte Hilfsarbeiter sowie Schmierer in Betracht, welche nach Zeit entlohnt werden und den im Bezirk üblichen Stundenlohn von 30 bis 35 Pfg. jedoch je nach dem Alter auch weniger empfangen. Für diese Stundenlohnarbeit ist in den meisten Fabriken ein Maximallohn festgesetzt, der bei der Anstellung der Arbeiter nicht überschritten werden darf. Man nimmt nun für die leichtere Arbeit jüngere Leute, für die schwerere ältere, sodaß der Verdienst dadurch in etwa den Ansprüchen, welche das Leben an die Arbeiter stellt, verteilt wird. Was die Weberei, die Färberei und deren Hilfsgewerbe angehen, so liegen hier die Dinge etwas anders. Hier machen sich die oben bei der Spinnerei erwähnten lohndrückenden Momente nicht geltend und deshalb zeigen diese Betriebe im großen und ganzen ein wesentlich günstigeres Bild. Vor allem ist hier nicht die Arbeiterin vorherrschend, sondern der erwachsene männliche Arbeiter. Außer den Vorbereitungsarbeiten wie das Spulen und Zwirnen, die fast durchweg von weiblichen Arbeitern getan wird, findet eine ausgesprochene Verwendung von Arbeiterinnen nur noch beim Noppen und Stopfen statt. Von den Lohnverhältnissen in diesen Beschäftigungszweigen mag deshalb nur gesagt werden, daß sie als nicht allzu günstige zu bezeichnen sind. Wir kommen jetzt zu den eigentlichen Webern. Dieser ist der bestgelohnte Arbeiter der ganzen Baumwollindustrie des Bezirkes. Er verdient im Durchschnitt, d. h. ein Weber mit Durchschnittsgeschicklichkeit bei durchschnittlicher Beschäftigung Mk. 0.40 bis 0.42 pro Stunde bei 9—10 stündiger Arbeitszeit. Gute Weber bringen es auf einen Stundenverdienst von Mk. 0.45, höchstens Mk. 0.50. Auch hier gibt es natürlich je nach den einzelnen Betrieben und den in ihnen hergestellten Artikeln wieder mehr oder weniger große Unterschiede. Die oben genannten Zahlen stellen die allgemeine Durchschnittsgröße dar. Die Art der Vergütung wie Warten auf Material sowie für die Arbeit mit andauernd schlechtem Material haben wir schon oben besprochen. Es mag deshalb der Hinweis auf diese Ausführungen genügen. Bei Reparaturen kommen dieselben Regeln zur Anwendung. Neben den bisher besprochenen Gruppen von Arbeitern, den Spinnern und Webern, sind noch die von Bedeutung, welche die hergestellte Ware handelsfähig machen. Es sind vor allem die Färber und Drucker. Auch sie werden wie schon erwähnt, meistens nach der Leistung bezahlt. Ein guter Arbeiter verdient dabei durchschnittlich Mk. 22—24 pro Woche. Ueberstunden werden mit

Mk. 0.40 pro Stunde vergütet, eventuelle Sonntagsarbeit erfährt eine beſſere Bewertung. Die nichtgelernten Hilfsarbeiter erhalten nicht Akkord-, ſondern Zeitlohn, der pro Stunde ſich auf Mk. 0.25—0.30 beläuft. Für alle Fabriken kommen noch die Fabrikhandwerker hinzu, die zu den beſſer bezahlten gelernten Arbeitern gehören. Sie haben ein Durchſchnittsſtundenverdienſt von Mk. 0.40—0.45.

Wir bekommen aber ein einſeitiges Bild von der Höhe der in der Bauwollinduſtrie ausgezahlten Löhne, wenn wir nicht auch die Strafen, die als Lohnabzüge in die Erſcheinung treten, ins Auge faſſen. Strafen ſind in der Gladbacher Baumwollinduſtrie weit verbreitet, ſie werden auferlegt bei Ablieferung ſchlechten Materials, wobei der Arbeiter die Möglichkeit der Beſchwerde beim Gewerbegericht bei vermeintlicher oder wirklicher Uebervorteilung durch den Arbeitgeber hat. Andere Strafen kommen vor als Disziplinarſtrafen, ſo bei Verſtößen gegen die Arbeitsordnung u. a. kommt hier vor allem in Betracht das Zuſpätkommen zur Arbeit. Bei einer Weberei des Bezirks iſt letzteres erſetzt durch eine Prämie für regelmäßigen rechtzeitigen Antritt der Arbeit. Bis jetzt hat dieſe Maßregel guten Erfolg gehabt. Es iſt ja auch verſtändlich, daß dieſes Syſtem den Arbeiter eher zur Pünktlichkeit erzieht als das andere, wo leicht Erbitterung gegen zu ſchroffe Handhabung ſich zeigt. Allerdings iſt die Ergänzung zu obigem Syſtem die ſofortige Entlaſſung des Arbeiters, der ſich durch häufigeres Zuſpätkommen der Arbeit unliebſam bemerkbar macht. Was die Handhabung der Strafen betrifft, ſo iſt dieſe eine ſehr ungleiche. Im Folgenden mögen einige Zahlen den Beweis dafür liefern. Der Gewerbeinſpektionsbericht von 1904 zeigt folgende Angaben:

Es wurden an Geldſtrafen feſtgeſetzt in einem Betriebe von

120	Arbeitern	jährlich	für	M.	1000
700	„	„	„	„	1300—1400
500	„	„	„	„	1100—1300
950	„	„	„	„	1700
370	„	„	„	„	400
350	„	„	„	„	520
350	„	„	„	„	100
200	„	„	„	„	140

Vielfach liegt die Verhängung der Strafe dem Meiſter ob und ihre zu ſtrenge Handhabung hat ſchon manche Erbitterung wachge-

rufen. Die Lohnabzüge infolge Vergehens gegen die Arbeitsordnung müssen wieder zu Gunsten des Arbeiters verwandt werden, dagegen erhält der Arbeitgeber die Abzüge für Ablieferung schlechten Materials, um den ihm daraus entstandenen Schaden zu vergüten. Aus diesen Ausführungen ergibt sich die Lohnhöhe für den männlichen erwachsenen Arbeiter. Wir können damit rechnen, daß weitaus die Mehrzahl von ihnen eine Familie zu versorgen hat. Vielfach erhalten sie dabei einen Nebenverdienst durch die Frau oder die schulentlassenen Kinder. Auch diese werden meistens wieder in der Baumwollindustrie beschäftigt. Das Verdienst der letzteren ist natürlich ganz verschieden je nach ihrem Alter und ihrer Zahl. Jedenfalls ist es aber von großer Bedeutung bei der bedeutenden Kinderschar, die gewöhnlich in den Arbeiterkreisen vorherrscht. Dagegen tritt das Mitverdienen der Frau mehr in den Hintergrund. In den von mir untersuchten Fällen kommt es nur ganz vereinzelt vor, daß die Frau neben dem Manne mitverdient. Häufiger ist es dann der Fall, wenn keine Kinder da sind. Es liegt ja dann auch nichts oder nur weniges dem Mitverdienen der Frau entgegen.

Was endlich die Auszahlung der Löhne anbetrifft, so erfolgt sie wohl überall nach einer 14tägigen Löhnungsperiode und zwar nicht am Ende der Woche, sondern an einem Tage mitten in ihr. Wir haben schon oben gesehen, daß die Berechnung des Lohnes viel Schwierigkeiten und Arbeit infolge der großen Anzahl der Positionen mit sich bringt. Es ist deshalb praktisch unmöglich, den Lohn für die verflossene Woche schon Samstags auszurechnen. Die Auszahlung erfolgt deshalb an einem Tage in der Woche und zwar wird dann der Lohn bis zum verflossenen Samstage berechnet und ausbezahlt. Es kommen also nur die bis dahin eingelieferten Arbeiten zur Berechnung. Dieses bringt für den Arbeitgeber zu gleicher Zeit den Vorteil mit sich, daß er in etwas durch den zurückgehaltenen Lohn gegen Kontraktbruch geschützt ist. Die Lohnperiode ist eine 14tägige. Auch diese Dauer ist das Ergebnis der großen Arbeit, welche die Ausrechnung des Lohnes mit sich bringt. Auf Verlangen des Arbeiters erhält dieser aber schon nach der ersten Woche einen Teil seines Lohnes ausbezahlt. Damit hätten wir das wichtigste über die Lohnverhältnisse erörtert und wenden uns im folgenden Kapitel der Arbeitszeit zu.

In der Einleitung haben wir gesehen, daß noch bis zum Ende der 70er Jahre Arbeitszeiten von 15—16 Stunden vorgekommen sind. Hier setzen vor allem die Bestrebungen der Arbeiter ein, und sie haben

dann auch in immerwährendem Kleinkrieg mit den Unternehmern, dabei unterstützt durch die Sozialgesetzgebung des Reiches, eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden errungen. Für die meisten Webereien, Druckereien, Färbereien und Appreturanstalten hat der Arbeitstag schon seit einer Reihe von Jahren die Dauer von 10 Stunden angenommen; in einigen Fabriken sinkt er sogar auf 9 Stunden herab. Die Spinnereien sind, soweit sie Arbeiterinnen beschäftigen, und das sind weitaus die meisten, seit dem 1. Januar 1910 ebenfalls zur 10stündigen Arbeitszeit übergegangen, da von diesem Zeitpunkt an die Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen auf höchstens 10 Stunden beschränkt ist. Samstags beträgt sie gewöhnlich 8—9 Stunden. Der Beginn der Arbeitszeit ist auf $6^1/_2$ oder auf 7 Uhr festgesetzt, bei einigen Firmen auf $7^1/_2$ Uhr. Manche lassen im Winter $^1/_2$ Stunde später anfangen; bei anderen wieder beginnt nur die Arbeitszeit für männliche Arbeiter $^1/_2$ Stunde früher. Dieses ist vor allem in Spinnereien der Fall. Man kann sagen, daß der Beginn um 7 Uhr der Durchschnitt ist. Der Arbeitstag schließt fast allgemein um 7 Uhr abends; Samstags natürlich den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend $1—1^1/_2$ Stunden früher. Letzteres gilt in einigen Fabriken wieder nur für die weiblichen, nicht auch für die männlichen Arbeiter. Für diese schließt auch Samstags die Arbeitszeit wie an den gewöhnlichen Tagen der Woche. Vor jeder Verkürzung der Arbeitszeit haben sich die Unternehmer bis jetzt regelmäßig aufs äußerste gesträubt mit dem Hinweis darauf, daß dadurch die Produktion so sehr verteuert wird und nicht mehr konkurrenzfähig bleibt. So auch vor der letzten gesetzlichen Maßnahme des Reiches auf diesem Gebiete. Wie viel Wahres hinter diesen Worten steckt, beweisen die Unternehmer jetzt wieder dadurch, daß sie ihre Betriebe entsprechend der Verkürzung der Arbeitszeit um 10 % oder auch noch mehr vergrößern. Daß nach einer bedeutenden Herabsetzung der Dauer des Arbeitstages ein Produktionsausfall entsteht, ist wohl ziemlich sicher, doch steht dieser gewöhnlich nicht in gleichem Verhältnis mit der Arbeitszeitreduzierung. So ist mir für die letzte Verkürzung berichtet worden, daß der Arbeitsausfall nicht dem Zeitausfall entspreche, sondern ein geringerer sei, da die Arbeiter sich bemühen, die frühere Lohnhöhe zu erreichen und deshalb intensiver arbeiten. Genauere Angaben hierüber zu machen ist äußerst schwierig, da ja die einzelnen Arbeiter viel zu verschieden sind. Aber im allgemeinen können wir wohl das oben Gesagte annehmen. Ein

Ausfall in der Arbeitsleistung wird ja immerhin entstehen, da die Maschinen jetzt schon so schnell laufen, daß eine Steigerung ihrer Schnelligkeit kaum möglich ist. Der Arbeiter kann aber seine Leistungen dadurch erhöhen, daß er die Arbeit, die er persönlich auszuführen hat, und die eine Beschleunigung erfahren können, möglichst schnell erledigt. Die Unternehmer streiten eine Intensivierung der Arbeit des Einzelnen allerdings ab. So erklärten die rheinisch-westfälischen Baumwollspinner bei der Begutachtung des Gesetzes über die Einführung der 10 stündigen Arbeitszeit für Arbeiterinnen: Es ist dem Arbeiter nicht möglich, wie in anderen Industrien durch intensive Arbeit in 10 Stunden dasselbe oder auch nur annähernd dasselbe zu leisten als in 11 Stunden, da der Nutzeffekt, namentlich derjenige der schnelllaufenden Maschinen bereits ein so hoher ist, daß eine Steigerung desselben ausgeschlossen erscheint. Da die meisten Arbeiter in Akkord arbeiten, so würde sich der Verdienst derselben entsprechend dem Produktionsausfall verringern." Der christliche Textilarbeiterverband äußert sich zu dieser Sache ganz kurz: „Die Arbeitszeit ist von 11 auf 10 Stunden herabzusetzen, weil erstens der Erfolg gelehrt hat, daß in den meisten Fällen in 10 Stunden ebensoviel produziert wird als in 11 Stunden und weil dem Bedarf in 10 Stunden genügt werden kann." Seit dem 1. Januar 1910 ist nun, wie schon erwähnt, tatsächlich die 10 stündige Arbeitszeit eingeführt. Genauere Angaben über die Wirkung lassen sich noch nicht anführen, da die Zeit zu kurz ist.

Wir haben schon die äußere Abmessung des Arbeitstages erfahren, wir wollen jetzt seine innere Gliederung, die Verteilung der Pausen und ihre Dauer betrachten. Diese sind bei den verschiedenen Firmen ganz verschieden gelegt und bemessen. Bei den jugendlichen Arbeitern kommen natürlich die gesetzlichen Bestimmungen bezüglich der Pausen in Betracht. Eine ganze Reihe von Betrieben haben die Bekanntmachung betreffend den Wegfall der Pausen an Samstag Nachmittagen ausgenutzt und diese fortfallen lassen. Die Pausen für die erwachsenen Arbeiter sind auf verschiedene Weise geregelt. Allgemein finden wir die $^1/_4$ Stunde bis 20 Minuten dauernde Kaffeepause, deren Beginn morgens auf 8 Uhr, nachmittags auf 4 Uhr festgesetzt ist. In manchen Betrieben fällt die Frühstückspause in der Vormittagsschicht ganz aus, die Nachmittagspause dauert dafür dann 20 Minuten. Nur eine Firma ist mir bakannt, welche beide Pausen ganz hat ausfallen lassen, um dafür die Arbeit $^1/_2$ Stunde früher

zu schließen. Diese Anordnung hat ja das Gute, daß der Arbeiter früher seinen Dienst verlassen kann, mehr freie Zeit für sich übrig behält. Er kann sich in frischer Luft ungleich besser erholen als in der immerhin staubigen Atmosphäre der Fabrikräume, die er auch während der Pausen einzuatmen genötigt ist. Doch fällt dieser Grund mehr und mehr weg bei der Herabsetzung der Arbeitszeit auf ein vernünftiges Maß. Auch bei Beibehaltung der Pausen ist dann dem Arbeiter noch Gelegenheit gegeben, sich in frischer Luft zu ergehen. Dazu bessert sich die Fabrikatmosphäre immer mehr mit dem Fortschreiten der Technik, die für gute Ventilation und eine luftige Anlage der Fabrikräume sorgt. Direkt gegen diese Anordnung spricht folgendes: Bei der großen Anstrengung des Dienstes für den Arbeiter, bei dem steten Hin und Her zwischen den unermüdlich tätigen Maschinen bald hier bald dort einen Handgriff ausführend, überhaupt bei einer Tätigkeit, welche die angestrengteste Aufmerksamkeit des Arbeiters, die fortwährende stärkste Anspannung seiner Nerven erfordert, ist eine weitere Durchführung des Wegfalles der Pausen im Bezirke nicht erwünscht. Hinzu kommt, daß die Arbeiter die einen weiten Weg entweder zu Fuß oder mittels irgend einer Fahrgelegenheit bis zu ihrer Fabrik zurückzulegen haben, morgens nüchtern zur Arbeit kommen, bis 8 Uhr arbeiten und dann ihr Frühstück einnehmen. Wir haben oben gesehen, in welch starkem Maße weiter entfernt wohnende Arbeiter herangezogen werden, sodaß das vorher Gesagte überaus häufig der Fall ist. Es ist auch wenig Aussicht vorhanden für eine weitere Abschaffung der Pausen, da die Arbeiter, wie ja wohl überall, mit Zähigkeit an ihnen festhalten. Es kommt ja wohl vor, daß sie freiwillig wieder vor eigentlichem Schluß der Pausen an ihre Arbeit gehen, um bei dem herrschenden Akkordsystem möglichst ihr Verdienst zu steigern, doch würden sie sich gegen eine völlige Abschaffung mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln wehren. Die Mittagspause beginnt gewöhnlich um 12 Uhr und dauert in den meisten Fällen $1^1/_2$ Stunden; in anderen auch nur $1—1^1/_4$ Stunden. Man wird sagen müssen, daß letztere Dauer zu kurz ist, da die Arbeiter auch innerhalb der Stadt — die auswärtigen Arbeiter essen meistens in der Fabrik oder deren Nähe — oft weitere Wege zurückzulegen haben. Wohl stehen elektrische Straßenbahnen und Fahrrad dem Arbeiter zur Verfügung, doch gibt es eine Menge unter ihnen, denen eine Benutzung dieser schnellen Beförderungsmittel aus dem einen oder anderen Grunde

versagt ist. Wir kommen also zum Schlusse, daß eine Pause von $1^1/_2$ Stunden das Mindestmaß und überall da zu erstreben ist, wo sie noch nicht besteht. Das ist die Arbeitszeit, wie sie in normalen Zeiten gang und gäbe ist. Bei außergewöhnlichen Umständen tritt natürlich eine Aenderung ein. In Zeiten schlechter Konjunktur werden Betriebseinschränkungen meist durch Verkürzung der Arbeitszeit, weniger durch Arbeiterentlassungen hervorgerufen. Die Arbeiterentlassung wird möglichst eingeschränkt infolge des bei gutem Geschäftsgang sich regelmäßig geltend machenden starken Arbeitermangels. Es ist deshalb das Bestreben eines jeden Unternehmers einen möglichst großen Stamm alter, gelernter Arbeiter sich zu erhalten. Wohl kommen auch unter diesen Umständen noch Arbeiterentlassungen vor, doch sind die Entlassenen dann gewöhnlich wenig geschickte oder jüngere Arbeiter, oder solche, die sich in irgend einer Weise unliebsam bemerkbar gemacht haben. Nur bei dauernden Neueinrichtungen, etwa durch technische Verbesserungen oder infolge Fabrikationswechsel kommen Arbeiterentlassungen in größerem Maßstabe vor. Doch auch hier können wir Arbeitgeber nicht mehr ganz frei ohne Befragen der Arbeiter vorgehen. Dies hat sich besonders im Anschluß an die Zweistuhlbewegung erwiesen. Eine schnelle Durchführung dieses Systems würde ja ohne Zweifel im Anfange eine große Anzahl von Webern arbeitslos gemacht haben. Deshalb haben sich auch die Arbeiter vermittels ihrer Organisation von Anfang an energisch mit dieser Sache befaßt und es ist besonders dem christlich-sozialen Verbande die Durchführung eines Tarifes mit einzelnen bedeutenderen Firmen gelungen. Dieser regelt die Sache vorbildlich. In welcher Weise die Lohnverhältnisse des Doppelstuhlwebers geregelt sind, haben wir ja schon betrachtet. Wir gehen jetzt nur auf die Arbeitszeit und die Verhütung von Arbeiterentlassungen ein. In dieser Hinsicht sind folgende Bestimmungen getroffen:

a. Die Firma verpflichtet sich wegen Einführung des Doppelstuhles keinen Arbeiter zu entlassen,
b. keine minderwertigen Arbeiter an zwei Stühlen zu beschäftigen,
c. bei Eintritt einer schlechten Konjunktur werden, bevor Arbeiterentlassungen oder empfindliche Arbeitszeitverkürzungen vorgenommen werden, über die zu ergreifenden Mittel mit dem Arbeiterausschuß Beratungen stattfinden.

Die Arbeitgeber gehen gewöhnlich in den Betriebseinschränkungen gemeinsam vor, indem sie beschließen, für einen bestimmten halben

oder ganzen Tag die Arbeit ganz ausfallen zu lassen. Was die Kündigungsfristen anbelangt, so lauten diese gewöhnlich auf 14 Tage. Doch haben die Unternehmer das Bestreben, diese Frist zu verlängern, um besser gegen Streiks geschützt zu sein. Die Arbeiter hingegen suchen eine solche Verlängerung möglichst hintanzuhalten, da sie dadurch zu sehr in ihrer Bewegungsfreiheit gehemmt werden und der Erfolg eines Streiks eventuell zu sehr gefährdet wird. In den meisten Betrieben hat sich denn auch die 14tägige Kündigungsfrist erhalten. Nur in der Buntweberei ist seit den letzten Jahren die vierwöchentliche Kündigung eingeführt worden. Eine allgemeinere Einführung dieser längeren Frist ist nicht zu erwarten; sie würde auch nur den Erfolg haben, daß im Falle eines Streiks sich die Zahl der Kontraktbrüche sehr vermehren würde, wenn auch die in der Baumwollindustrie übliche Lohnauszahlung hier einigermaßen hemmend einwirkt.

Um den eventuellen Arbeitslosen die Möglichkeit des Verdienstes zu verschaffen, haben die Kommunen des Bezirkes sogenannte Arbeitslosenfürsorge-Anstalten eingerichtet. In diesen werden die Arbeitslosen mit Holzhacken, Zerkleinern von Basalt usw. beschäftigt. „Doch kann der Uebergang zum bloßen Handlangerdienst, Erdarbeiten und ähnlichen Beschäftigungen in der Regel als eine wirkliche Auskunft nicht betrachtet werden. Fabrikarbeiter entschließen sich nur schwer und meist nur im äußersten Notfalle, zu solchen Notarbeiten überzugehen, bei denen sie die erworbenen Fertigkeiten nicht brauchen können und auf die Dauer einbüßen, während an ihrer Körperkraft Anforderungen gestellt werden, denen sie nicht gewachsen sind.“ Dieses letztere gilt ganz besonders für die Arbeiter in der Baumwollindustrie, die bei schwerer Handarbeit viel zu leicht die unbedingt erforliche leichte Beweglichkeit der Finger verlieren. Deshalb kommen im Falle der Arbeitslosigkeit die oben erwähnten Anstalten der Kommunen erst in zweiter Linie in Betracht. Größere Bedeutung haben dagegen die in mehreren Gemeinden vorhandenen kommunalen Arbeitsnachweisbureaus, die untereinander in Verbindung stehen. „Der Arbeitsnachweis hat unter städtischer Verwaltung einen erheblichen Aufschwung gewonnen und durch den Erfolg seiner sowohl Arbeitgeber wie auch Arbeitnehmer in gleich unparteiischer Weise gewidmeten Tätigkeit den Beweis dafür geliefert, daß die Gemeinden an erster Stelle geeignet sind, durch eigene Veranstaltungen die Vermittlung von Arbeitsgelegenheiten zu fördern.“ Von allen Arbeitsuchenden wird keine Gebühr erhoben. Die Vermittlung erfolgt für diese vielmehr unent-

geltlich. Durch alles dieses ist es gelungen, die Arbeitslosigkeit während des letzten Jahrzehntes auf ein Minimum zu reduzieren. Umgekehrt wird in den Zeiten der Hochkonjunktur von verhältnismäßig seltener Ueberarbeit berichtet. Es ist dieses ja auch bei der starken Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte nicht zu verwundern. In den meisten Fällen sucht man sich durch alsbaldige Mehreinstellung von Arbeitern zu helfen. Von ständiger Nachtarbeit wird in unserem Bezirk äußerst selten berichtet. Es ist mir nur ein Fall bekannt, wo eine Spinnerei, die dann natürlich nur erwachsene männliche Arbeiter beschäftigt, die ständige Nacharbeit eingeführt hat. Sonst kommt diese wohl ab und zu vor, doch ist eine häufigere Verbreitung der Nachtarbeit in unserem Bezirk nicht vertreten.

Werfen wir noch einen kurzen Rückblick auf die Arbeit in der Fabrik, die Arbeitsbedingungen des Arbeiters und dann seine Lebensbedingungen außerhalb derselben kennen zu lernen. Die Anforderungen, welche die Berufsarbeit an den einzelnen stellt, haben sich im Laufe der letzten Jahrzehnte mehr und mehr vergrößert. Die körperlichen Anstrengungen sind in den meisten Fällen wohl kleiner geworden, dagegen die Ansprüche an den Geist des Arbeiters immer größere. Ist es schon, ohne in der Textilfabrik andauernd tätig zu sein, an sich anstrengend für die Nerven des Menschen, inmitten der klappernden, rastlos mit kurzen Unterbrechungen sich in Tätigkeit befindenden Maschinen längere Zeit zu verweilen, so erst recht für den Arbeiter, der den einen Tag wie den andern inmitten dieses Milieus verbringt, in seiner Jugend hier eintritt, um es als alter Mann, wenn seine Arbeitskraft verbraucht ist, zu verlassen. Dabei erfordert die Berufsarbeit die angestrengteste Aufmerksamkeit des Arbeiters. Mit dem Anwachsen des Arbeitslohnes hat ja, wie wir gesehen haben, die Technik Mittel und Wege gefunden, um diesen Posten in der Bilanz des Kaufmannes wieder zu reduzieren. Anstelle der langsam laufenden Maschinen sind schnelllaufende getreten. Hatte der Spinner früher 40—50 Spindeln zu bedienen, so heute 500—600. Waren früher zur Bedienung eines einzelnen Webstuhles 4 Arbeiter erforderlich, so genügt heute 1 Weber, um je nach dem herzustellenden Artikel 1—8 und mehr Stühle zu bedienen. Das sind gewaltige Umwälzungen, die nicht nur für den Unternehmer, sondern auch für den Arbeiter von außerordentlicher Bedeutung. Diese Maschinen verrichten die meisten der früher manual gemachten Griffe wie Spulenwechseln, Abstellen der Maschine bei Fadenbruch jetzt automatisch. Dafür wird

aber die Aufmerksamkeit des Arbeiters in erhöhtem Maße in Anspruch genommen. Es ist ein eigenartiges Bild, das sich uns in den Webereien mit Northropstühlen darbietet. Inmitten dieser großen Anzahl rastlos sich bewegende Maschinen diese verschwindend kleine Anzahl von Arbeitern, die von einem Stuhl zum andern eilen, um dauernd das Produkt zu kontrollieren, bei Stillstand der Webstühle den hierdurch angezeigten Schaden ausbessernd, um dann wieder zum nächsten Stuhle zu eilen und dann dort wieder dieselbe Arbeit zu verrichten. Dieser neuesten Errungenschaft der Technik, die, wie natürlich von Amerika zu uns herübergekommen ist, wird eine allzu große Verbreitung nicht beschieden sein, da sie keine Qualitätsware zu liefern imstande ist. Doch erfordert auch die Bedienung von zwei Webstühlen, wie sie seit den letzten Jahren in den Buxkin- und Kammgarnwebereien üblich ist, die ganze Arbeitskraft und angestrengteste Aufmerksamkeit von Seiten des Arbeiters. Hier ist die Mechanisierung, die Automatisierung noch nicht so durchgeführt wie bei den Northropstühlen. Der Weber hat den Spulenwechsel sowie das Abstellen des Webestuhles bei Fadenbruch zu vollziehen und daneben für die Ablieferung eines möglichst fehlerfreien Produktes zu sorgen, da er sonst einen Abzug von seinem Lohn erleidet. So sind auch hier erhöhte Anforderungen an den Einzelnen gestellt. Es ist deshalb Pflicht der Gerechtigkeit dem Arbeiter gegenüber, ihm einen gesteigerten Anteil an der vergrößerten Produktion zukommen zu lassen, sowie die Arbeitszeit in vernünftigen Grenzen zu halten. Wir haben gesehen, daß im letzten Jahrzehnt in beiden Beziehungen Fortschritte gemacht worden sind und hoffen bei den gesunden Verhältnissen der Industrie unseres Bezirkes ein weiteres Fortschreiten in dieser Richtung.

Wir haben im vorhergehenden Abschnitt den Arbeiter bei seiner Arbeit kennen gelernt; wir wollen im folgenden seine allgemeine Lebensbedingungen betrachten und uns zunächst den wirtschaftlichen Verhältnissen zuwenden, unter denen der Arbeiter lebt. Wie wir weiter oben gesehen haben, hat der Lohn des Arbeiters während des letzten Jahrzehntes eine anhaltende Steigerung erfahren. Wir fragen uns nun, ob damit eine Steigerung der Lebenshaltung verbunden gewesen ist, denn diese erfordert, um sie auf derselben Höhe zu halten, immer mehr Mittel und zwar gerade für den Arbeiter, da die Konsumgegenstände, welche für ihn die Hauptausgaben erfordern, diese Preissteigerung vor allem mitgemacht haben. So haben besonders die Fleischpreise zeitweise, wie ja augenblicklich wieder eine außer-

gewöhnliche Höhe angenommen, wenn auch die bei der Nähe der holländischen Grenze in größerem Umfange betriebene Einfuhr von geschlachtetem Fleisch nicht solche Zustände aufkommen läßt, wie sie die Fleischnot für weite Kreise des Binnenlandes zur Folge hat. Daß sie aber auch hier bei den günstiger gelegenen Bedingungen ihre Wirkungen äußert, beweist die teilweise starke Zunahme der Pferdeschlachtungen an den Schlachthöfen der einzelnen Städte sowie der Stillstand in der Zahl der geschlachteten Kälber und des Großviehes. Der Verbrauch in den anderen wichtigen Konsumgegenständen wie Brot, Mehl, Kartoffeln, läßt sich statistisch ja wenig oder gar nicht erfassen. Es läßt sich daher auch seine Beeinflussung durch die Preiserhöhung der letzten Jahre nicht zeigen; doch können wir wohl mit Recht annehmen, daß eine bedeutendere Verteuerung dieser Konsumtibilien auf die Größe des Verbrauches zurückwirkt. Wenn trotzdem diese allgemeine Steigerung der Preise für einen größeren Teil der Arbeiterschaft nicht die Wirkung äußert wie in anderen Industriegegenden und besonders für den in der Großstadt lebenden Arbeiter, so liegt dies in den eigengearteten Verhältnissen unseres Bezirkes begründet. Er hat in dieser Beziehung manche Berührungspunkte gemeinsam mit der Industrie Süddeutschlands, so auch Badens, wo die Arbeiter vielfach zerstreut auf dem Lande als kleine Grundeigentümer wohnen; so auch in unserem Bezirk. Wir haben ja schon oben gesehen, daß die Verbindung von Fabrikarbeit und Parzellenbesitz häufig vertreten ist, daß eine große Anzahl von Arbeitern auf dem Lande wohnt. Diese haben neben ihrem Stückchen Land, das sie in den meisten Fällen besitzen, im Stalle eine oder mehrere Ziegen oder, wenn es hoch kommt, sogar eine Kuh stehen. Diese liefern ihnen und ihrer Familie die zu ihrem Haushalte notwendige Milch. In vielen Fällen und gerade jetzt bei den teueren Fleischpreisen halten sie sich ein Schwein, das sie mästen, um es zur Winterzeit zu schlachten. Im Vergleich hierzu tritt die Mast von Kaninchen, obgleich sie weit verbreitet ist, doch mehr in den Hintergrund. Von Seiten der Behörden wird besonders die Zucht von Ziegen energisch unterstützt in der richtigen Erkenntnis, daß diese für den kleinen Mann von größter Bedeutung ist, da dieser dadurch in etwa von der allgemeinen Preisbildung unabhängig gemacht wird. Neben diesem ist der Ertrag, den ihnen ihr kleines Stückchen Land abwirft, von Wichtigkeit. Hier bauen sie jahraus jahrein ihren Winterbedarf an Kartoffeln, dazu einiges Gemüse. Diese Verhältnisse gelten auch für manchen in der Stadt

wohnenden Arbeiter, da, wie wir schon oben erwähnt haben, manche Städte in einzelnen Bezirken durchaus ländlichen Charakter tragen. Auch in diesen bewirtschaften manche Arbeiter ein Stück Feld, das sie zu eigen oder billig gepachtet haben. Diese Verbindung von Landwirtschaft und Fabrikarbeit ist gerade in der heutigen Zeit der allgemeinen Preissteigerung nicht hoch genug zu bewerten, denn „der Verbrauch der für die Kinder nötigen Milch ist oft geradezu von dem Halten einiger Ziegen oder einer Kuh abhängig. Wo dieses fehlt, wird den Kindern die spärlich eingekaufte Milch mit dünnem Kaffee vermischt und damit schon der Grund zur Schwächlichkeit für das ganze Leben gelegt, weil in den Arbeiterfamilien die fehlende Milch auch nicht durch anderes ersetzt wird. Ebenso ist dort, wo im Jahre ein Schwein geschlachtet wird, der Fleischgenuß ein reichlicherer und es findet namentlich ein größerer Verbrauch an Fett statt, woran es in vielen Arbeiterfamilien am meisten fehlt." Dem städtischen Arbeiter ist es in dieser Weise nicht möglich, die Wirkungen der Preissteigerung hintanzuhalten. Er muß in anderer Weise vorgehen durch Zusammenschluß, Gründung von Konsumvereinen, um den Gewinn des Händlers dadurch sich selbst zugute kommen zu lassen. Die außerordentliche Höhe der Preise für alle Verbrauchsgegenstände hat ihn denn auch bald auf diesen Weg der Selbsthilfe verwiesen durch Bildung von Konsumgenossenschaften. Diese sind entstanden auf Betreiben der christlich-sozialen Gewerkschaft und stehen noch heute in loser Verbindung mit dieser. Sie haben alsbald nach ihrer Gründung einen schnellen Zulauf erfahren und besitzen heute eine große Zahl von Genossen. So hat die Rheydter Konsum- und Produktivgenossenschaft christlicher Arbeiter allein 6 500 Mitglieder. Neben der Ermöglichung des billigen Einkaufes haben diese Genossenschaften aber auch einen erzieherischen Zweck, indem sie die Arbeiter zur Barzahlung anhalten. Dadurch wird der Arbeiter zur richtigen Einteilung seines Verdienstes gezwungen und lernt rechnen mit dem, was er hat. Es zeigt sich infolgedessen aber auch die Wirkung, daß nur die bessergestellten Arbeiter sich dieser Einrichtung bedienen. Diese Genossenschaften haben beschränkte Haftpflicht. Sie sind in zahlreichen Filialen über das Gebiet der Stadt verteilt, in der sie ansässig sind. Die Verteilung ihres Gewinnes erfolgt nach dem Umsatz. Ein Teil derselben kommt allen Genossen in gleicher Weise zugute durch Verwendung zu gemeinnützigen Zwecken. Um den Einkauf billiger bewerkstelligen zu können, haben sich um die Wende

des Jahrhunderts eine Anzahl niederrheinischer Konsumvereine zu einer Produktenbörse zusammengeschlossen, die regelmäßig in M.-Gladbach stattfindet und auf denen Vertreter der bedeutenderen Firmen vertreten sind. Neben dieser Einkaufsgelegenheit durch die Genossenschaft kommen für den Arbeiter noch die durch den Arbeitgeber vermittelten Einkäufe von Konsumgegenständen in Betracht. Auch durch diese Maßregeln wird die Kaufkraft des Arbeiters und dadurch indirekt sein Lohn erhöht.

Die Vermittlung der Einkäufe durch den Arbeitgeber geschieht in verschiedener Weise und erstreckt sich bald auf sämtliche, bald auf einige ausgewählte Artikel. Bei einigen befinden sich besondere Kassen, in die der Arbeiter freiwillig einzahlt oder zur Zahlung verpflichtet ist und aus welchem ihm zinslose Vorschüsse zur Ermöglichung des Wintereinkaufes von Kohlen und Kartoffeln gegeben werden. Diese Kassen dienen zu gleicher Zeit manchmal auch als Sparkassen und sollen dem Arbeiter Gelegenheit geben, seine Ersparnisse auch schon in kleineren Erträgen nutzbringend anzulegen und durch reichliche Verzinsung die Sparsamkeit fördern. In einigen Fabriken sind Konsumvereine eingerichtet, zu derem Beitritt jeder in die Fabrik eintretende Arbeiter verpflichtet ist. Auch sie haben den Zweck, dem Arbeiter einen möglichst billigen Einkauf seiner Kosumtibilien zu ermöglichen. Daß diese Bestrebungen neben dem Vorteil, welche sie dem Arbeiter bringen, auch für die Arbeitgeber von Nutzen sind dadurch, daß sie den Arbeiter fester an seinen Betrieb binden, darauf haben wir schon oben hingewiesen. Alle diese Maßregeln erfüllen denselben Zweck, nämlich die Kaufkraft des Arbeitslohnes zu erhöhen. So ist es denn auch gelungen, die allgemeine Preissteigerung in ihrer schädlichen Wirkung hintanzuhalten und verbunden mit der allgemeinen Steigerung der Löhne die Lebenshaltung der Arbeiterfamilien ihren Standard of life zu heben. Hinzu kommt ja noch, daß bei vielen Familien eine Ergänzung des Verdienstes des Familienoberhauptes durch die erwachsenen Kinder hinzutritt. Diesen ist in der Baumwollindustrie ja schon früh Gelegenheit zu verhältnismäßig reichlichem Verdienst gegeben. Wie allgemein in Arbeiterfamilien, so ist auch bei denen unseres Bezirkes eine große Kinderzahl gang und gäbe, sodaß dieser Fall des Mitverdienens der Kinder also auch häufig in die Erscheinung tritt. In den ersten Jahren der Ehe müssen sich die Eltern natürlich bei der zahlreichen Kinderschar und dem Fortfall des Verdienstes durch die Frau, wie es meistens

der Fall ist, einige Beschränkungen auferlegen, bis allmählich die Kinder soweit erwachsen sind, daß sie mitverdienen können. Diese allgemein günstigen Verhältnisse spiegeln sich wieder in der steten Zunahme der Spareinlagen in den Sparkassen, welche die Kommunen des Bezirkes eingerichtet haben. Um gerade auch den Arbeitern deren Benutzung zu erleichtern, sind diese auch vielfach an Sonntag Vormittagen zur Aufnahme von Spargeldern geöffnet, sodaß auch der während der ganzen Woche beruflich tätige Arbeiter Gelegenheit zur Einlage hat. Wie wir noch sehen werden, dienen aber auch die Baugesellschaften direkt als Sparkassen, indem sie die als Amortisation eingezahlten Gelder vom Ende des Jahres an mit 4 % verzinsen. Dadurch werden eine Menge von den Spargeldern der Arbeiter, die sonst den Sparkassen zufließen würden, absorbiert und in anderer Weise nutzbringend angelegt. Der Arbeiter legt seine Ersparnisse in Grund und Boden an. Trotzdem haben die Sparkassen des Bezirks eine günstige Entwicklung genommen. Welche Bedeutung sie haben, wie groß die Spartätigkeit ist und in welcher Weise die Spargelder zugenommen haben, mögen die folgenden Zahlen beweisen.

Ort	Betrag der	Spareinlagen	Reservefonds
M.-Gladbach	1882/83	9 618 140.—	1 223 782.—
	1909/10	16 964 701.—	1 393 298.—
Rheydt	1882/83	4 961 851.—	484 099.—
	1909/10	14 958 891.—	870 681.—
Viersen	1882/83	1 809 936.—	114 875.—
	1909/10	7 769 471.—	452 087.—
Odenkirchen	1882/83	895 954.—	46 000.—
	1909/10	4 858 954.—	214 818.—
Korschenbroich	1909/10	4 331 776.—	137 902.—

Die ganze Summe der Spareinlagen in den Orten des Bezirkes mitsamt dem Reservefonds beträgt 84 837 329 Mark. Ein großer Teil der eingezahlten Spargelder stammt sicher aus Arbeiterkreisen; beträgt doch im Jahre 1908/09 in M.-Gladbach die Zahl der Sparkassenbücher mit Einlagen von 1—300 Mark allein 17 963. Um auch den ganz kleinen Sparern die Anlage ihrer ersparten Beträge zu ermöglichen, ist in M.-Gladbach eine sog. Pfennigsparkasse eingerichtet worden, die im Laufe der Jahre wachsenden Zulauf gefunden hat. Aus diesem allem ergibt sich ein wachsender Wohlstand der ganzen Bevölkerung. Ein längeres Verweilen selbst bezeugt auch dem oberflächlichem Beobachter von der Wahrheit dieses Spruches.

Ein besonders günstiges Bild zeigen die Wohnungsverhältnisse unseres Bezirkes, die ein Ruhmesblatt in der Geschichte der niederrheinischen Industrie darstellen. Wir haben schon oben darauf hingewiesen, daß ein großer Teil der Arbeiter zerstreut auf dem Lande wohnt. Sie haben dort größtenteils ein Häuschen zu eigen, dazu einen kleinen Garten und ein Stück Land. Aehnlich liegen die Verhältnisse in den Städten des Bezirks. In fast jeder von ihnen sind gemeinnützige Baugesellschaften gegründet mit dem Zweck, billige Arbeiterwohnungen herzustellen. Sie werden in ihren Bestrebungen unterstützt durch die Landesversicherungsbank und die Stadtverwaltungen, durch Hergabe von Kapital bezw. Uebernahme einer Zinsgarantie. Die größten, bedeutendsten und ältesten haben sofort bei ihrer Gründung die Form der Aktiengesellschaft angenommen und sind dieser treu geblieben; andere, die jüngeren Datums sind, wurden als Genossenschaften gegründet. Ihre Tätigkeit ist eine weniger bedeutungsvolle und tritt ganz hinter derjenigen der Aktiengesellschaften zurück. Die Gladbacher Aktienbaugesellschaft ist die älteste des Bezirks und hat den anderen als Vorbild gedient. Ihr Kapital ist ein verhältnismäßig sehr geringes, nämlich 330 000 Mark, mit dem sie seit der Gründung im Jahre 1869 bis zum Jahre 1909 31 größere Miethäuser und 808 Einfamilienhäuser erbaut hat. Die Notwendigkeit einer Wohnungsfürsorge wurde vom jetzigen Vorsitzenden der Gesellschaft mit folgenden Worten begründet: „Die rasche Zunahme der Bevölkerung M.-Gladbachs von 18675 im Jahre 1864 auf 23322 im Jahre 1869 oder über 6 % jährlich, mit der die private Bautätigkeit nicht Schritt gehalten hat, die bestehenden Verhältnisse im Mietwesen machen die Frage der Verbesserung der Wohnungsverhältnisse zu einer akuten." So wurde denn die Gründung einer Aktienbaugesellschaft von einer Anzahl Industrieller des Bezirkes beschlossen. Die Gladbacher wie auch die Gesellschaften in den anderen Städten verzichten auf eine höhere Dividende als 4 %. Es entspricht dies ja auch ihren gemeinnützigen Zwecken. Der überschüssige Gewinn fließt in den Reservefonds, der wieder für Zwecke der Allgemeinheit verwandt werden soll. Wir wollen im folgenden eingehender auf die Gladbacher Aktienbaugesellschaft eingehen, um über die anderen nur einige kurze Bemerkungen hinzuzufügen. „Gemäß den von Anfang an geäußerten Absichten wurde sofort mit dem Bau von Familienhäusern zum Verkauf auf langjährige Termine begonnen und die Errichtung solcher Wohnungen während der ersten 30 Jahre auch ausschließlich

beibehalten. Für die Anlage der Häuser wurde von vorneherein das Cottage-System gewählt. Es ermöglicht gesunde Familienwohnungen sowie ihren Uebergang in das Eigentum der Mieter. Es entspricht auch mehr oder weniger dem Charakter der Bevölkerung, denn mancher aus der ländlichen Umgebung in die Stadt ziehende Arbeiter hatte bis dahin dort ein von Baumgarten umgebenes Häuschen zu eigen oder zur Miete. Die Häuser werden so aufgeführt, daß diese zu zwei und zwei zusammengebaut in einem diese beiden umgebenden Garten liegen, wobei jede Wohnung nebst Garten von der anderen jedoch vollständig getrennt ist. Das bekannte System des Mülhausener Vierwohnungshauses wurde grundsätzlich nicht angewandt. Diese Häuser enthalten 5—8 Räume, außerdem noch Keller und Stall. Diejenigen von 5 Zimmer werden fast nur von einer Familie bewohnt, während bei solchen von 7—8 Räumen das Untervermieten an eine andere Familie die Regel ist." Diese Häuser sind in verschiedenen Kolonien auf das Gebiet der Stadt verteilt. Sie machen einen sehr freundlichen Eindruck und sind alle gut instand gehalten. Die Straße wird begrenzt von den Vorgärten, die alle mit Obstbäumen bepflanzt sind und erhält dadurch ein alleeartiges Aussehen. Man hat den Eindruck, als ob durch diese Anlagen das Ideal der Arbeiterwohnungen erreicht sei. Durch die Verteilung der Häuser auf die verschiedenen Teile der Stadt wird der in Mülhausen gemachte Fehler der Schaffung eines einzigen abgesonderten Arbeiterviertels vermieden und zu gleicher Zeit dem Arbeiter ermöglicht, sich in der Nähe seiner Arbeitsstätte ein eigenes Heim zu erwerben. Die Häuser werden meistens gleich nach der Fertigstellung von dem Bewohner in Kaufanwartschaft übernommen. Ein einfaches Vermieten ohne Kaufanwartschaft kommt äußerst selten vor, da in der Regel mehr Kaufanwärter als Häuser da sind; geschieht es doch, so meist zu einer 5 1/2 % des Verkaufspreises betragenden, monatlich im voraus zu entrichtenden Miete. Letztere stellt sich hierbei noch erheblich billiger als die ortsübliche Miete anderer Arbeiterwohnungen. Die Vermietung mit Kaufanwartschaft bezugsweise der Verkauf der Cottage-Häuser vollzieht sich unter Zugrundelegung folgender Bedingungen, wobei hier nur die wichtigsten aufgestellt werden:

1. Bei Unterzeichnung des Mietvertrages hat der Mieter eine Summe von mindestens 7 1/2 % des festgesetzten Kaufpreises als erste Anzahlung zu erlegen.

2. Als Miete zahlt er jährlich die Zinsen der Kaufpreissumme zu 4 1/2 % und außerdem zum Zweck der Erwerbung soviel dazu, daß seine gesamte Jahreszahlung mindestens 7 1/2 % des Kaufpreises ausmacht. Das auf den Kaufpreis hiernach bezahlte wird vom Ende des Jahres mit dem ortsüblichen Zinsfuß verzinst.

3. Der Mieter darf ohne Genehmigung der Vermieterin weder ganz noch teilweise untervermieten, keine Kostgänger halten.

4. Nachdem der Mietvertrag ein Jahr gedauert hat und 1/3 des Kaufpreises bezahlt ist, wird Vermieterin dem Mieter das Anwesen zu folgenden Bedingungen übertragen:

5. Bis zur vollständigen Abtragung des Kaufpreises ist der Käufer verpflichtet, die Häuser ausreichend gegen Feuersgefahr zu versichern.

6. Weiter sind Beschränkungen als beschränkte persönliche Dienstbarkeiten zu Gunsten der Gesellschaft, eventuell der Stadt einzutragen. Sie haben den Zweck, die Häuser ihrer beabsichtigten Bestimmung als Arbeiterhäuser für j. eine Familie zu dienen, zu erhalten.

Was nun den Kaufpreis anlangt, so wird dieser entsprechend den Selbstkosten und unter Zurechnung eines Betrages für Bauleitung und Verwaltung aufgesetzt. Während 1870—72 bei sehr billigen Preisen des Grund und Bodens und der Baumaterialien Häuser von etwas kleinerem Grundrisse als jetzt, zu durchschnittlich 2450 Mark abgegeben wurden, stellte sich der Verkaufspreis 1872—77 auf 3200—4000 Mark, je nach der Bauart, im Jahre 1901 betrug er 4600—5400 Mark und 1908 7066 Mark als Durchschnitt. Leider wird die Beschaffung größerer Grundstücke mit dem Wachstum der Stadt immer schwieriger. Ein großes Hindernis bietet die Teilung des Grundbesitzes in viele kleine Parzellen und hiermit in Verbindung der § 873 B.-G.-B. Die Mieten sind im Ganzen regelmäßig eingegangen. Von den 1909 hergestellten 808 kleineren Häusern waren 797 verkauft oder mit Kaufanwartschaft vergeben. Von diesen waren 532 ganz abbezahlt. Die verhältnismäßig große Zahl rührt daher, daß manche der Käufer es vorziehen, sich anderweitig Kapital gegen hypothekarische Sicherheit zu verschaffen, um damit, wie es manchmal wünschenswert sein kann, der Verpflichtung zu jährlicher weiterer Abzahlung enthoben zu sein. Eine wesentliche Erleichterung gewährt den Käufern das Untervermieten einzelner oder mehrer Zimmer. Hierbei zeigt sich, wie schon oben bemerkt, ein Unterschied je nach der Größe des Hauses. Während von den Häusern mit 5 Räumen über die Hälfte nur von einer Partei bewohnt wird, so bei den Häusern mit

7—8 Räumen nur etwa 1/6. Die Eigentümer der Häuser sind zum größtenteil Fabrikarbeiter. Von 157 Eigentümern und Kaufanwärtern einer bestimmten Kolonie waren 7 Fabrik-Untermeister, 99 Fabrikarbeiter und 12 Tagelöhner. In den anderen Kolonien ist das Verhältnis ein gleiches. Fast ausnahmslos sind in den einzelnen Kolonien Wirtshäuser nicht vertreten und die städtische Behörde hat im Einverständnis mit der Gesellschaft solche Konzession in den Häusern der letzteren seit längerer Zeit nicht mehr bewilligt. Das Fehlen der Wirtshäuser ist jedenfalls für das häusliche Leben und den Frieden nur förderlich. Die Gesamtzahl der Bewohner mehrer Kolonien betrug 1901 in 227 Häusern mit 1539 Zimmern 2377 Personen, von denen 1258 über und 1119 unter 16 Jahren alt waren.

In den 5 zimmerigen Häusern wohnten durchschnittlich 7,8 Personen
" " 7 " " " " 10,7 "
" " 8 " " " " 12,9 "

Um den Arbeitern, die nicht in der Lage sind, die bei den bisher besprochenen Häusern erforderlichen Abzahlungen zu leisten, ein wohnliches, gesundes Heim zu bieten, hat die Gesellschaft den Bau größerer Miethäuser übernommen und bisher 31 hergestellt. Diese sind so gebaut, daß sie 8 von einander abgeschlossene Wohnungen enthalten. Die Miete betrug 1902 je nach der Größe und Lage der Zimmer durchschnittlich Mark 53,70 pro Jahr, während in Häusern anderer privater Unternehmer sich solche auf 56,70 Mark stellt. Auch die Mieter dieser Wohnungen sind fast ausschließlich Fabrikarbeiter. Nach gemachten Aufnahmen beherbergt ein Haus in 24 Zimmern durchschnittlich 20 Personen über und 22 Personen unter 16 Jahren. Die günstigen Ergebnisse, welche diese Gesellschaft gezeitigt hat, haben bald die Nachbarstädte zur Nachahmung des Gladbacher Beispieles gebracht. So sind dort ähnliche Gesellschaften entstanden, meist mit denselben günstigen Ergebnissen. Doch wird hier von einigen Gesellschaften darüber geklagt, daß die Arbeiter die Gelegenheit zur Erlangung eines eigenen Heimes aus mangelndem Verständnis zu wenig benutzen. Die Gesellschaften haben vielfach noch mit dem Mißtrauen und dem Vorurteil der Arbeiter zu kämpfen. Dieses ist größer, je jüngeren Datums die Gesellschaft ist und verliert sich bei längerem Bestehen derselben. So berichtet die Rheydter Gesellschaft: Nachdem in dem letzten Jahrzehnt ein gewisses Vorurteil der Arbeiter gegen unsere Bestrebungen geschwunden ist, werden unsere Häuser gern gemietet." Auch hier stellen die Fabrikarbeiter das Hauptkontingent

der Mieter. Mehrfach haben diese Gesellschaften abweichend von der Gladbacher größere Häuser gebaut. Es ist erklärlich, daß diese gar nicht oder nur selten von dem Arbeiter gekauft werden, weil diesem die nötigen Mittel fehlen. Dann hat dieses System aber auch den Nachteil, daß die Umtriebszeit des Kapitals eine sehr lange ist, sodaß sich die Gesellschaft gezwungen sieht, viel mit fremden Kapital zu arbeiten oder ein großes eigenes Kapital zu besitzen. So finden wir denn auch bei diesen ein bedeutend größeres Aktienkapital als bei der Gladbacher Gesellschaft, obgleich letztere weit mehr gebaut hat und jährlich dazu baut. Die Uebernahme der Häuser dieser Gesellschaften ist ähnlich geregelt wie bei ihrem Vorbild. Die Mietpreise ebenfalls ähnlich günstige wie bei dieser und im Vergleich zu den anderen Mietwohnungen. So betragen bei der Rheydter Aktienbaugesellschaft die Mietpreise

für	2	Zimmer	zwischen	10	u. 13	Mk.
„	3	„	„	13	u. 17	„
„	4	„	„	16	u. 20	„
„	5	„	„	19	u. 23	„

Billiger sind die Wohnungen in den Außenbezirken, teurer in der Nähe der Stadt. Bei der Odenkirchener Gesellschaft beträgt die Miete je nach Qualität, Lage der Wohnungen und Größe der Zimmer für eine Wohnung von 3 Zimmern Mark 11—12,50 monatlich, für eine solche von 4 Zimmern Mark 12—16,50 und für eine 5 Zimmer Wohnung 18—18,75 Mark. Aehnliche Preise herrschen bei den anderen Gesellschaften. Was die Größe ihrer Bautätigkeit betrifft, so hat die Rheydter Gesellschaft bis zum Jahre 1909 376 Häuser errichtet, die Odenkirchener Gesellschaft 130 und zwar 33 Einfamilien-, 93 Zwei- und 4 Dreifamilienhäuser, die Viersener Gesellschaft schließlich hat 104 Häuser im Besitz. Eine Selbsthülfe der Arbeiter hat sich bis jetzt nur in beschränktem Maße gezeigt, wie mir bekannt nur an zwei Orten: in Gladbach und in Dülken. Sie wird ja auch in der Tat durch die Leistungen obiger Gesellschaften mehr oder weniger überflüssig gemacht. Die Selbsthilfe der Arbeiter an den genannten beiden Orten geschieht vermittels der Genossenschaft. Die Zahl der Arbeitergenossen der Dülkener Gesellschaft geht von Jahr zu Jahr mehr und mehr zurück, ein Zeichen des geringen Verständnisses, das die Arbeiter diesen Bestrebungen entgegenbringen. So ist auch ihre Gründung nicht ein Werk der Arbeiter selbst, sondern sie ist von dem Bürgermeister der Gemeinde angeregt worden. Sie hat in den

11 Jahren ihres Bestehens im ganzen 56 Häuser mit 467 Räumen errichtet.

Es ist klar, daß die oben skizzierten Verhältnisse einen durchgreifenden Einfluß auf das ganze Wohnungswesen des Bezirkes ausgeübt haben. Wie fast überall im Westen Deutschlands sind hier Mietskasernen sehr selten anzufinden, durchweg ist das Einetagenhaus das vorherrschende. Auch die Mietpreise können im allgemeinen als günstige bezeichnet werden. So nehmen nach den Angaben, die mir von einer größeren Anzahl Baumwollarbeiter gemacht worden sind, die Mieten etwa 15—16 % des Einkommens in Anspruch. Zieht man zum Vergleich einige andere Industrie- oder Großstädte heran, wo die Mieten 20 bis 40 % und mehr des Einkommens mit Beschlag belegen, so erkennt man die äußerst günstige Lage unseres Bezirkes. 1905 wurde in M.-Gladbach eine Wohnungsaufnahme der Mietbevölkerung vorgenommen. Im ganzen erstreckte sich die Zählung auf 9243 Haushaltungen mit 40 112 Angehörige; sie erfaßte also rund $^2/_3$ der gesamten Bevölkerung der Stadt. Die Feststellungen haben die allgemein verbreitete günstige Ansicht über die Wohnungsverhältnisse bestätigt. Die Belegung der einzelnen Zimmer bleibt weit unter dem für andere Industrie- und namentlich für die Großstädte festgesetzten Durchschnitt. Folgende Angaben mögen orientieren über die Wohnweise der Bevölkerung mit einem Einkommen bis zu Mark 2500, das sind also die Kreise, die uns gerade hier interessieren.

	Einkommen von Mk.				
Auf jede Haushaltung	unter	900—	1200—	1500—	2000—
entfallen durchschnittlich	900	1200	1500	2000	2500
Zimmer	3,06	3,21	3,92	4,42	5,06
dieselben werden bewohnt					
von Personen	4,30	4,40	4,37	4,43	4,06
Die Jahresmiete beträgt	177.	212.	291.	377.	445.
Es entfallen auf jedes					
Zimmer Personen	1,41	1,37	1,11	1,00	0,80
Jedes Zimmer kostet	58.—	66.—	74.—	85.—	88.—
Miete pro Person	41.—	48.—	67.—	85.—	110.—

Die Behausungsziffer für M.-Gladbach beträgt im Jahre 1908 10,65. Zum Vergleich mögen hier die Ziffern von einigen Großstädten herangezogen werden:

Berlin	77	Stuttgart	23
Charlottenburg	60	Mannheim	22

Breslau	53	Frankfurt a. M.	21
München	37	Essen	20
Hamburg	36	Düsseldorf	20
Leipzig	35	Elberfeld	19
Kiel	26	Straßburg	18
Danzig	25	Köln	16

Wir sehen, wie günstig M.-Gladbach dasteht; was aber für diese Stadt gilt, ist auch in gleicher Weise für die anderen Städte des Bezirks zu sagen. Um eventuelle Uebelstände aufzudecken und zu beseitigen, haben sich neben einem Verein, der die verschiedenen Städte des Bezirks umfaßt, in diesem noch Spezialvereine für das Gebiet der Stadt gebildet. Sie unterstützen kinderreiche Familien durch Zuschüsse zu den Mieten und ermöglichen ihnen so, eine größere Wohnung zu nehmen; oder sie mieten selbst Häuser, um diese dann zu billigen Preisen kinderreichen Familien zu überlassen. Auf den Ordnungs- und Reinlichkeitssinn wird dadurch eingewirkt, daß die Unterstützungen fortfallen, sobald die regelmäßig stattfindenden Revisionen andauernd ungenügende Reinlichkeit und schlechte Lüftung ergeben. Auf diese Weise wird eine gute erzieherische Wirkung auf die Arbeiterbevölkerung ausgeübt und das beste zur Hebung ihrer Lage getan. Zur Vermittlung von passenden Wohnungen haben sich Wohnungsnachweise gebildet, deren Tätigkeit rege in Anspruch genommen wird, und zwar besonders aus den Arbeiterkreisen heraus. Im Zusammenhange mit dem Vorhergehenden mag noch erwähnt werden, daß von Seiten der Städte eine regelmäßige Inspektion der Wohnungen stattfindet.

Wir haben schon vorher kurz gestreift, daß die Mieten im Bezirk durchaus niedrige zu nennen sind und daß sie wohl nur in seltenen Fällen mehr als 20 % des Einkommens in Anspruch nehmen, während sie in den meisten Fällen diese Zahl nicht erreichen. Die jährliche Miete nebst Amortisation für die Häuser der Gladbacher Aktiengesellschaft schwankt zwischen Mark 345—585, je nach der Größe des Hauses. Das größte von ihnen besteht aus 8 Zimmern, von denen gewöhnlich einige untervermietet werden. Der Mietpreis + Amortisation beträgt pro Zimmer und Jahr Mark 69—73. Die durchschnittliche Miete für die ganze Stadt M.-Gladbach betrug im Jahre 1906 pro Raum und Monat bei Wohnungen mit 2 Zimmer Mark 7,09, bei solchen mit 3 Räumen Mark 7.

Die allgemeinwirtschaftlichen, wie besonders die Wohnungsverhältnisse sind natürlich von großem Einfluß auf die gesundheitliche Lage unserer Bevölkerung und so werden wir im kommenden Abschnitt mit einigen Worten auf diese eingehen. Sie können aber nur die Wirkung, die der Beruf auf die Gesundheit ausübt, in seiner günstigen Beeinflussung verstärken, im umgekehrten Falle abschwächen, nicht letztere ganz beseitigen. Die Arbeit in der Gladbacher Baumwollindustrie ist eine für die Gesundheit des Arbeiters wenig zuträgliche. In fast allen ihren Zweigen findet eine mehr oder weniger große Staubentwicklung statt, die besonders für die Atmungsorgane schädlich ist. Diese ist am stärksten in den Spinnereien und Rauhereien. Wir haben schon in der Einleitung aus einer Schilderung erfahren, wie es früher in den Spinnereien aussah. Seitdem hat sich ja manches geändert. Die früher mit der Hand vollführte Arbeit des Reinigens der Baumwolle, bei welcher Arbeit sich der dabei entwickelte Schmutz und Staub unbehindert im Arbeitssaale verbreitet, wird jetzt in dichtverschlossenen Maschinen besorgt. Um jedes Entweichen von Staub zu verhindern, sind diese Reingungsmaschinen vielfach mit Ventilatoren verbunden. So erwähnt der Jahresbericht der Gewerbeinspektion aus dem Jahre 1903, daß die Baumwollspinnerei den beim Ausstoßen des Kratzenbeschlages entstehenden Staub in zweckmäßiger Weise durch Aufsaugen beseitigt. Auch in der Rauherei kann der sich entwickelnde Staub durch derartige Aufsaugemaschinen beseitigt werden. Der eben erwähnte Inspektionsbericht hebt auch hervor, daß mit gutem Erfolg solche Staubaufsaugevorrichtungen geschaffen worden sind. Eine allgemeinere Durchführung ähnlicher Entstaubungsanlagen ist umso mehr zu befürworten, als auch nach der Erklärung eines Rauhereibesitzers derartige Anlagen sich durch die Arbeitersparnis, — es wird ein Mann erspart, — volle Ausnutzungszeit der Maschinen, Schonung der Riemen, Wiedergewinnung reinen Abfallmaterials und Entstehung sauberer Ware vollkommen bezahlt machen. Ein späterer Bericht aus dem Jahre 1907 hebt hervor, daß die Einrichtungen zur Beseitigung des Staubes fortdauernd im Wachsen begriffen sind. So sind im niederrheinischen Bezirk zur Zeit des Berichtes 29 Rauhereien, 8 Spinneereien und 10 andere Betriebe mit Entstaubungsanlagen ausgerüstet. Die neu erbauten Fabriken werden sofort mit solchen Vorrichtungen versehen. Daß die Arbeiter durch Bevorzugung der neueren, luftigen, gut ventilierten Arbeitsräume für eine Besserung in den alten Fabriken oder Aufrichtung

neuer an Stelle dieser beitragen, ist schon oben dargelegt worden. Es muß gefordert werden, daß im Laufe der Zeit alle hier etwa in Betracht kommenden Betriebe in der Weise Vorrichtungen treffen zum Segen der Arbeiterschaft und damit auch der Gesamtbevölkerung. Wie wir schon oben gesehen haben, muß der Spinnereibetrieb als der gesundheitgefährlicher angesehen werden. In den Webereien (54 Krankenkassen mit rund 9000 Mitgliedern) erkrankten 31,4 % aller Mitglieder, während für die Spinnerei (31 Kassen mit 8400 Mitgliedern) die Zahl 34 % lautet. Die Gründe hierfür liegen in der größeren Staubentwicklung. Ein Maßstab für die gesundheitlichen Verhältnisse bieten auch die Aushebungsziffern der Militärbehörde. So wurden im Jahre 1899 von 100 zum Militär Ausgehobenen, über die endgültig entschieden wurde, aus den Kreisen M.-Gladbach Stadt und Land nur fünfzig eingestellt und diese Zahl hat sich mit ganz geringen Schwankungen bis heute jährlich wiederholt. Unter den Krankheiten, welche am häufigsten auftreten und die meisten Opfern fordern, ist an erster Stelle die Tuberkulose zu nennen. Während im ganzen Deutschen Reich unter 1000 Todesfällen von Leuten im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 60 Jahren 342 durch Tuberkulose verursacht werden, lautet die gleiche Zahl für Gladbach ca. 450. Sie hat im Laufe des letzten Jahrzehntes sich immer in der Nähe dieser Zahl gehalten, bald ein wenig höher, bald etwas niedriger. Diese gesundheitlichen Verhältnisse sind, wie schon bemerkt, das Ergebnis der Beschäftigung in der vorherrschenden Baumwollspinnerei, einmal infolge der ungesunden, für die Atmungsorgane besonders gefährlichen Staubentwicklung, dann aber auch durch die starke Heranziehung von Arbeiterinnen zur Fabrikarbeit, die als Mütter oder auch als zukünftige Mütter für den Gesundheitsstand der Bevölkerung von außerordentlicher Wichtigkeit sind. Eine Aenderung kann hier nur erreicht werden durch Verbesserungen in der Technik und in den allgemeinen Arbeits- und Lebensbedingungen. Wir haben schon oben gesehen, daß die technischen Verbesserungen mehr und mehr in den Fabriken angebracht werden. Auch die Besserung der Arbeitsbedingung, die in Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes bestehen, haben, wie wir gesehen haben, immer mehr Platz gegriffen. Etwas näher wollen wir noch eingehen auf die Bestrebungen, die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiterklasse durch allgemeine Maßnahmen zu bessern. Die hier in Betracht kommenden Einrichtungen sind verschiedener Art. Einmal suchen sie die schon Erkrankten durch zweckmäßige Behandlung zu heilen, oder sie wollen

die heranwachsende Arbeiterbevölkerung, die Kinder, widerstandsfähiger machen gegen gesundheitsschädliche Einflüsse. Beide Wege haben dasselbe Ziel, Kräftigung der Arbeiterbevölkerung, Hebung ihres Gesundheitszustandes. Da der grimmigste Feind, den es zu bekämpfen gilt, die Tuberkulose ist, so setzen hier vor allem die Bestrebungen ein. In unmittelbarer Nähe M.-Gladbachs sind zwei Lungenheilstätten errichtet, die bei billigen Pflegesätzen auch den Arbeitern ihre segnenden Pforten öffnen. Hier können die Kranken bei kräftiger, gesunder Kost in der würzigen Waldluft, die sie im Sommer wie auch im Winter genießen, Erholung von ihrem schweren Leiden suchen. Den Kranken wird zum größten Teil auf Kosten der Krankenkassen die Wohltat der Anstalt zu Teil. Hier greifen auch vielfach die Städte helfend ein und ermöglichen armen Erkrankten die Benutzung der Heilstätte. Die ältere dieser beiden Heilanstalten, die von der Stadt M.-Gladbach erbaut worden ist und auch unter ihrer Verwaltung steht, nimmt nur leichter erkrankte, besserungsfähige Patienten auf. „In Verbindung mit der Heilstätte wurde im Sommer 1905 eine Wohlfahrtsstelle für Lungenkranke eingerichtet, in der minderbemittelte Einwohner der Stadt M.-Gladbach sich unentgeltlich auf den Zustand ihrer Lungen untersuchen lassen können. Erkrankte Belehrung über eine zur Verlängerung ihres Lebens geeignete Lebensweise und über das zur Verhütung der Ansteckung ihrer Umgebung gegenüber zu beobachtende Verhalten empfangen. Eine ärztliche Behandlung der Kranken findet nicht statt, doch wird die Errichtung dadurch segensreich wirken, daß sie möglichst viele in heilbarem Stadium zur Untersuchung und infolgedessen zur Heilstättenbehandlung veranlassen, sowie in fortgeschritteneren Fällen zur Besserung der häuslichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, wo nötig, ein Eintreten der charitativen Fürsorge herbeiführt." Auch die Stadt Rheydt hat eine derartige Wohlfahrtsstelle für Lungenkranke eingerichtet. Beide wirken mit gutem Erfolg und finden das richtige Verständnis bei der Bevölkerung. Ebenfalls im Zusammenhang mit der städtischen Heilanstalt besteht noch eine ebenfalls von der Stadt M.-Gladbach gegründete Walderholungsstätte, welche die wohltätige Wirkung der Freiluftkur den erholungsbedürftigen Gliedern der breiteren Bevölkerung zukommen lassen will. Der Pflegekostensatz hat für die Mitglieder der dem Krankenkassenverband M.-Gladbach angehörenden Kassen die Höhe von Mk. 0.80 pro Tag einschließlich der Straßenbahnfahrt. Die Benutzer dieser Anstalt verleben also den ganzen Tag in ihr, nehmen

dort ihre Mahlzeiten ein, um abends wieder nach Hause zurückzukehren. So können sie die Anstaltspflege genießen, ohne ganz aus dem Familienleben herausgerissen zu werden. Das sind die Maßregeln, die den erwachsenen Kranken zugute kommen. Zur Stärkung der Kinder und ihrer Kräftigung gegen gesundheitsschädliche Einflüsse setzen die Bestrebungen schon im frühesten Alter ein und begleiten sie auf ihrem ferneren Lebensweg. Um der erheblichen Kindersterblichkeit gerade unter den Arbeiterkindern entgegenzutreten, haben die verschiedenen Städte Fürsorge getragen für die Lieferung einwandfreier Kindermilch zu mäßigen Preisen. So hat die Stadt M.-Gladbach 1904 eine Anstalt zur Herstellung von Kindermilch gegründet. Diese Maßregel ist von besonderer Wichtigkeit, da in vielen Fällen die Mütter nicht fähig sind, ihre Kinder zu stillen. Es hängt dieses mit ihrem früheren Beruf als Fabrikarbeiterin zusammen. Wieder andere Mütter sind gezwungen zur Fabrik zu gehen, und deshalb nicht in der Lage, ihre Kinder selbst zu ernähren. Der Preis der Milch ist entweder allgemein ein gleich niedrigerer oder er ist, wie z. B. gerade in M.-Gladbach dem Einkommen entsprechend abgestuft. Ein großer Teil der Abnehmer erhält sie kostenlos zu Lasten der städtischen Armenverwaltung. Im Jahre 1908 waren dies allein 26% der Abnehmer, von dem Rest haben 47% ein Einkommen bis zu 1500 und 14% ein solches von 1500—3000 Mark, ein Beweis dafür, daß der Segen dieser Einrichtung besonders den unteren Klassen, der Arbeiterbevölkerung zugute kommt. Schwächliche Kinder des schulpflichtigen Alters erhalten ihren Unterricht in einer Waldschule. Auch diese ist, wie die Walderholungsstätte, verbunden mit der städtischen Lungenheilanstalt. Auch hier werden erholungsbedürftige Kinder zu einem mäßigen Satze verpflegt und verbringen den ganzen Tag in frischer Waldluft. Damit sie nicht ganz aus ihrer Familie herausgerissen werden, kehren sie abends wieder nach Hause zurück. Die Kosten werden zum Teil von den Eltern getragen, zum weitaus größten Teil von dem Verein zur Pflege kranker und schwächlicher Kinder, sowie vor allem von der Armenverwaltung der Stadt. Auch in diesem Falle ist der Kostensatz nach dem Einkommen der Eltern abgestuft und so nach dem Prinzip der Leistungsfähigkeit geregelt. Die Auswahl der Kinder erfolgt auf ärztlichen Vorschlag. Gilt diese Einrichtung nur für schwächliche, nicht schon erkrankte Kinder, so werden letztere, sobald sie lungenkrank sind, einer besonderen Lungenheilanstalt für Kinder überwiesen. Je früher ja gegen diese volksverzehrende Krankheit vorgegangen wird, desto

mehr Aussicht auf Erfolg ist vorhanden. Zum Schluß mag noch erwähnt werden, daß während der Schulferien alljährlich Ferienspiele der Schuljugend stattfinden. Die Beteiligung an diesen ist immer eine sehr rege. So sehen wir auf allen Gebieten das Bestreben, die Jugend für den schweren Kampf, den das spätere Erwerbsleben für den größeren Teil derselben mit sich bringt, zu stählen und zu kräftigen. Vor allem sehen wir überall ein energisches Vorgehen gegen die Tuberkulose, die Krankheit, die infolge der beruflichen Beschäftigung am weitesten verbreitet ist und die am verheerendsten wirkt. Es ist zu erwarten, daß diese Bestrebungen ihren Lohn finden.

Neben diesen Bestrebungen, welche die Besserung des Gesundheitszustandes der Arbeiterbevölkerung sich zur Aufgabe gemacht haben, kommen noch die vorhandenen gemeinnützigen Anstalten und Einrichtungen in Betracht, die zum Wohle der Arbeiter geschaffen sind. Wir erwähnen hier an erster Stelle den linksrheinischen Verein für Gemeinwohl, welcher die Städte M.-Gladbach, Rheydt, Viersen, Odenkirchen, Grevenbroich und Süchteln umfaßt. Er sucht die Lage der Arbeiter zu heben durch Fürsorge für die Wohnungsverhältnisse und Einrichtungen zur Pflege und Sicherung der Gesundheit der Arbeiter. Hier strebt er vor allem an eine gute Ventilation der Fabrikräume, Herstellung genügender Waschgelegenheit. Besonders erstere Bestrebungen sind bei einer Industrie wie der Baumwollindustrie von großer Wichtigkeit und aufs Freudigste zu begrüßen. Daraus, daß dem Verein eine größere Anzahl von Fabrikanten angehören, kann man den Schluß mit Recht ziehen, daß diese Bestrebungen in die Tat umgesetzt werden und in den Fabriken für ihre Durchführung Sorge getragen wird. Weiter sucht der Verein das Familienleben zu schützen und zu fördern durch möglichste Einschränkung der Sonntags- und Nachtarbeit, sowie der Beschäftigung von Frauen und Kindern, sofern solche sittliche oder wirtschaftliche Gefahren mit sich bringt. In beiden Richtungen bleibt ihm heute wenig zu tun übrig, da dann den gesetzlichen Bestimmungen wie den günstigen Verhältnissen unseres Bezirkes sowohl die Sonntags- und Nachtarbeit, wie auch die Heranziehung von Frauen und Kindern zur Fabrikarbeit äußerst selten ist. Zur Bekämpfung der Trunksucht und Pflege edler geselliger Vergnügungen werden im Winter sonntäglich Volksunterhaltungsabende abgehalten. Hier werden den Teilnehmern, die sich zum größten Teil aus Arbeiterkreisen ergänzen, zu billigen Preisen oder auch vollkommen unentgeltlich musikalische Darbietungen oder allgemein bildende Vorträge geboten. Auf das

Gebiet des beruflichen Lebens geht der Verein über, indem er Anbahnungen von gewerblichen Schiedsgerichten, Einrichtung von Aeltestenkollegien erstrebt. Diese Bestrebungen haben schon vielfach ihre Verwirklichung gefunden. Neben diesem Verein, der die verschiedenen Städte des Bezirkes umfaßt, haben sich noch Spezialvereine für das Gebiet einer einzigen Stadt gebildet. So ist in M.-Gladbach eine Vereinigung für gemeinnützige Zwecke entstanden, die von 23 Firmen mit einem Kapital von 270 000 Mark gegründet worden ist. Sie hat sich zum Ziel gesetzt die Herstellung und Förderung von gemeinnützigen und wohltätigen Anstalten und Einrichtungen zur Hebung der arbeitenden Klassen in wirtschaftlicher, geistiger und religiös-sittlicher Beziehung. Sie sucht diesen Zweck neben anderem zu erreichen durch Veranstaltungen von Vorträgen, Gründung von Arbeitervereinen. Doch hat letzterer Weg bis jetzt weniger Erfolg gezeitigt und wird es wohl auch weiterhin. Denn alle Versuche von Arbeitgeberseite her, Arbeitervereine zu bilden, müssen an dem Mißtrauen scheitern, das ihnen die Arbeiter wohl auch mit Recht entgegenbringen. In welcher Weise das Wohnungsbedürfnis der Bevölkerung befriedigt wird, haben wir oben erörtert. Es mag nur noch erwähnt werden, daß auch einzelne Arbeitgeber für die Arbeiter ihres Betriebes Wohnhäuser errichtet haben, die sie ihnen zu billigen Preisen überlassen. Immerhin ist deren Zahl eine ziemlich beschränkte. Sie kann es hier auch sein, da in anderer Weise besser für das Wohnungsbedürfnis der Arbeiter gesorgt ist; besser deswegen, weil in letzterem Falle die Arbeiter nicht in allzu große Abhängigkeit von ihren Arbeitgebern geraten. Zu erwähnen sind noch einige Vereine, die für die Anlernung der Arbeiterinnen im Kochen und Nähen sorgen und ihnen die zur Führung eines Haushaltes nötigen Kenntnisse verschaffen. Neben dieser Förderung des Wohles der arbeitenden Klassen durch gemeinnützige Vereine kommt noch die Tätigkeit einzelner Arbeitgeber zum Besten der Arbeiter ihres Betriebes in Betracht. Wir haben schon oben auf die Herstellung von Arbeiterwohnungen durch einzelne Unternehmer hingewiesen und zugleich die Schattenseiten erwähnt, die dieses System für den Arbeiter mit sich bringt. Wie ja ebenfalls schon erwähnt, ist die Zahl dieser Fälle eine ziemlich beschränkte. Häufiger kommt es vor, daß Spezialk assen gegründet werden, die bei gewissen Anlässen den Arbeitern zugute kommen, so z. B. Familienkrankenkassen, die im Falle der Erkrankung der Frau oder der noch nicht erwerbsfähigen Kinder dem Arbeiter Unterstützung gewähren. Neben den kleineren

Beiträgen, welche die Arbeiter leisten, gewähren die Arbeitgeber Zuschüsse, die 50% und mehr der Arbeiterbeiträge ausmachen. Andere Kassen sind wiederum da, um dem Arbeiter zinslose Vorschüsse zu gewähren. Auch hier werden die Beiträge in der oben beschriebenen oder einer ähnlichen Form aufgebracht. Manche Firmen übernehmen den Einkauf von Kohlen, Kartoffeln ꝛc., um diese den Arbeitern gegen Selbstkostenpreis und ratenweise Abzahlung zu überlassen. Zur Anregung der Spartätigkeit haben einige Arbeitgeber Fabriksparkassen errichtet, welche die Spargelder der Arbeiter zu etwas höherem als dem ortsüblichen Zinsfuß verzinsen. Doch ist die Verbreitung derartiger Einrichtungen eine ziemlich geringe. Bei einigen Firmen sind bestehende Kassen infolge zu geringer Teilnahme der Arbeiter, bei einer Firma auch infolge Mißbrauchs von Seiten der Arbeiter eingegangen. Zur Hebung des geistigen Niveaus der arbeitenden Klassen hat die Gladbacher Aktienbaugesellschaft aus den Mitteln ihres Reservefonds eine Volksbibliothek und Lesehalle eingerichtet, die eine äußerst rege Benutzung erfährt. Neben dieser haben noch einige Fabriken Büchereien für die Arbeiter ihres Betriebes eingerichtet. So bestanden 1903 im Gladbacher Bezirk 7 Fabrikbibliotheken mit einem Bücherbestand von über 2000 Bänden. Ueber die Inanspruchnahme dieser Bücherei seitens der Arbeiter wird durchweg günstig geurteilt. Wir haben uns im vorhergehenden nur auf die Vereine und Einrichtungen beschränkt, die zum Wohle der arbeitenden Klassen eigens geschaffen sind, wie das ja auch dem Rahmen der Arbeit entspricht. Es bestehen ja noch gemeinnützige Anstalten und Vereine, die, weil sie der Allgemeinheit zugute kommen, deshalb sich auch auf die Arbeiterschaft erstrecken. Sie aber hier besonders aufzuführen, entspricht nicht der Aufgabe, die wir uns gestellt haben. Wir wollen uns deshalb mit dem oben Gesagten begnügen.

Eine Darstellung, welche beabsichtigt, die soziale Lage der Arbeiterschaft eines Industriegebietes durch Eingehen auf die einzelnen diese Lage hervorbringenden Faktoren verständlich zu machen, darf es nicht unterlassen, auch diejenigen Einrichtungen zu besprechen, welche die Arbeiter selbst zur Hebung ihrer wirtschaftlichen intellektuellen Zustände ins Leben gerufen haben. Es wird daher diesen Einrichtungen am Schlusse der Darstellung ein besonderer Abschnitt gewidmet, teils weil eine Besprechung derselben sich an keinem anderen Orte erreichen ließ, teils weil die Wichtigkeit der Sache eine gesonderte Besprechung verlangt. Daß jede körperschaftliche Betätigung konkurrierender Ele-

mente in der Volkswirtschaft nützlich wirken kann, ist zweifellos und ebenso sicher ist es, daß zahlreiche Mißstände, welche der Einzelne nicht überwinden kann, durch eine gute Gemeinschaftsorganisation beseitigt werden. Erst spät sind die Arbeiter unseres Bezirkes zu dieser Anschauung gelangt. Es liegt dieses ja zum guten Teil in den Verhältnissen des Bezirkes begründet, denn eine Verstreuung der Arbeiter auf ein großes Gebiet, ein nicht so kompaktes Zusammenwohnen wie in anderen Industriebezirken und den Großstädten muß auf den Geist des Arbeiters einwirken. Die Gemeinsamkeit der Interessen aller Arbeiter macht sich ihm nicht in dem Maße bemerkbar. Ihre Eigenschaft als Hauseigentümer läßt sie nicht so leicht die sozialistischen Ideen aufnehmen wie es bei dem nur im Besitze seiner Arbeitskraft sich befindlichen Arbeiter der Fall ist. Dazu kommt, daß die Arbeiter, die auf dem Lande wohnen, unter ihren Nachbarn nicht nur Fabrikarbeiter, wie sie selbst sind, haben, sondern Leute anderer Berufe, die sich in derselben Lage wie sie befinden. Sie erhalten dadurch nicht das starke Bewußtsein der Zugehörigkeit zu ein- und derselben Klasse; sie fühlen sich nicht als Proletarier. Diese Verhältnisse sind deshalb auch geeeignet, den Zusammenschluß der Arbeiter zu erschweren. Sie erklären aber auch den geringen Fortschritt sozialistischer Ideen, dagegen die schnellere Entwicklung der christlich-sozialen Organisation. Denn hier auf dem Lande ist der katholische Geistliche noch der unumschränkte Herr und seine Gegnerschaft macht die Verbreitung einer Organisation äußerst schwierig, seine Befürwortung erleichtert sie um ein bedeutendes.

Die Verbände, die am längsten im Gladbacher Bezirk bestehen, sind der sozialdemokratische deutsche Textilarbeiterverband und der Hirsch-Dunkersche Gewerkverein, doch sind beide von ganz geringer Bedeutung der dritten Organisation gegenüber, die, viel später entstanden, alsbald unter den Arbeitern große Verbreitung gefunden hat. Es ist dies der christlich-soziale Verband, der heute annähernd 5000 Mitglieder zählt gegen rund 500 sozialdemokratisch Organisierten und 100 Hirsch-Dunkerschen. Die erklärenden Gründe für diese Erscheinung finden wir im obigem Abschnitt enthalten. Der christlich-soziale Textilarbeiterverband für M.-Gladbach und Umgegend ist im Jahre 1899 gegründet worden. Die junge Organisation fand eine rasche Verbreitung sogar über den engeren Gladbacher Bezirk hinaus. Seine Mitgliederzahl stieg bald auf ca. 3500, doch war die Fluktuation eine große. Auch heute ist diese noch außerordentlich stark. So wird im letzten

Jahresbericht darauf hingewiesen, daß eine Verminderung der Mitgliederzahl nicht aufgehalten werden konnte. „Dieselbe ging in den ersten vier Quartalen um 1463 zurück und zwar von 5956 auf 4493. Hier war der tiefste Stand erreicht. Die folgenden drei Quartale weisen eine ständige, wenn auch mäßige Zunahme auf. Dieselbe betrug insgesamt 273 Mitglieder." In diesen Zahlen spricht sich die Wirkung der ungünstigen Konjunktur aus, zugleich aber auch, daß die Arbeiter zum Teil noch nicht die Bedeutung der Organisation zu würdigen wissen. Sie benutzen diese vielfach nur um des augenblicklichen Vorteils willen. Nach den Satzungen des Verbandes soll er interkonfessionell sein, aber auf dem Boden des Christentums stehen. Seine Gewerkschaften sollen sich keiner politischen Partei anschließen. Der Verband wurde von katholischen Geistlichen als Gegengewicht gegen die zunehmende sozialdemokratische Organisation ins Leben gerufen. Er hat den Zweck, das geistige und leibliche Wohl der Arbeiter zu fördern und auf die Durchführung und den Ausbau der sozialen Gesetzgebung hinzuwirken. „Bei dem Vorhandensein zweier stärkerer Organisationen hat sich in den ersten Jahren des Bestehens zwischen beiden leider eine gewisse Konkurrenz herausgebildet. Wenn der sozialdemokratische Verein Forderungen an eine Fabrik stellt, so ist ziemlich oft der Fall eingetreten, daß der stärkere christliche Verband sie auch zu den seinigen machte, obwohl er sie kurz vorher abgelehnt hatte, einzig und allein um von den Sozialdemokraten nicht übertrumpft zu werden. Diese Schwäche ist auf die Neuheit des Verbandes zurückzuführen." Im Laufe des Jahrzehntes, das seit der Gründung verstrichen ist, ist der Verband auch innerlich, nicht nur numerisch, mehr und mehr erstarkt und zeigt dem sozialdemokratischen Verbande gegenüber eine genügende Festigkeit. Wie alle Arbeiterorganisationen sucht er am letzten Ende seine Forderungen durch Streiks und Boykottierungen durchzusetzen; doch ist er bestrebt, sein Ziel auf friedlichem Wege zu erreichen, entweder durch direkte Verhandlungen mit dem Arbeitgeber bezw. dessen Organisation oder durch Vermittlung des Gewerbegerichtes oder der Gewerbeinspektion. So kommt es, daß größere Streiks in der Gladbacher Baumwollindustrie bis jetzt glücklich vermieden worden sind. Trotzdem ist es dem Verbande seit seiner Gründung unter geschickter Ausnutzung aller günstigen Umstände gelungen, beachtenswerte Erfolge zu erringen, sowohl was den Arbeitslohn anbetrifft, wie auch die Arbeitszeit und sonstige Arbeitsbedingungen. Interessant ist es, die Stellung

der Unternehmer und ihrer Organisationen den Gewerkschaften gegenüber verfolgen. Es gibt unter ihnen zwei Richtungen. Der Arbeitgeberverband für M.-Gladbach und Umgegend sucht durch Verhandlungen vorhandene Differenzen beizulegen, dagegen ist der Verband für Rheydt und Umgegend „unnahbar". Nach dem Statut dieses Verbandes ist es dem einzelnen Unternehmer verboten, sich mit einem Vertreter der Gewerkschaften in eine Verhandlung über die Angelegenheit der Arbeiter einzulassen. Die Mitglieder dieses Verbandes wollen nicht, wie sie sich ausdrücken, daß sich zwischen ihnen und ihren Arbeitern ein Fremder schiebt, sie wollen vor allem Herr sein im eigenen Hause. Bei der noch geringen Stärke der Gewerkschaften können sie ja diesen Standpunkt noch durchführen, doch läßt sich damit die allgemeine Entwicklung nicht aufhalten und bei weiterem Erstarken der Arbeiterorganisationen werden sie sich gezwungen sehen, auch mit den Führern derselben zu verhandeln. Aehnlich zwiespältig ist die Stellung, welche die Unternehmer dem Abschlusse von Tarifverträgen gegenüber einnehmen. Das Bestreben der Gewerkschaften, besonders der christlich-sozialen, geht dahin, solche allgemeine Tarif- und Arbeitsverträge möglichst zahlreich durchzuführen. Es ist ihnen auch schon der Abschluß solcher Verträge mit mehreren Firmen gelungen, doch halten sich im großen und ganzen die Unternehmer ihnen ablehnend gegenüber. Sie weisen darauf hin, daß die tarifliche Regelung der Löhne die Bewegungs- und Dispositionsfreiheit der Unternehmer zum Nachteile der gesamten Industrie einenge, und daß wegen der außerordentlichen Kompliziertheit der Verhältnisse innerhalb dieses Gewerbes die Durchführung des Tarifvertrages auch praktisch gar nicht möglich sei. Daß eine weitere Einführung in der Baumwollindustrie manchen Schwierigkeiten begegnen wird, muß ohne weiteres anerkannt werden. Die Verschiedenartigkeit der Technik, die verschiedenen Zweige und Branchen, die außerordentliche Mannigfaltigkeit der Warengattungen usw., das alles läßt auf den ersten Blick den Tarifvertrag für unser Gewerbe fast unmöglich erscheinen. Deshalb ist bis jetzt auch noch kein allgemeiner Tarif zustande gekommen. Aber Spezialtarife für einzelne Betriebe können wohl geschaffen werden und sind es auch schon in der Tat, wie wir ja oben bereits gesehen haben. Auch sie haben für die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses eine große Bedeutung, namentlich dann, wenn sie zahlreicher durchgeführt werden, und sie können den gewerblichen Frieden wenigstens in bestimmtem Umfange sichern. Es sind in der

Tat auch in der jüngsten Zeit Fortschritte in dieser Richtung gemacht worden So sind im letzten Jahre in unserem Bezirk fünf solcher Tarifverträge abgeschlossen worden. Nur ein weiteres Erstarken der Gewerkschaft verbürgt ein ferneres Fortschreiten in dieser Richtung.

Ein weiteres Wirkungsgebiet der Arbeiterorganisationen ist die direkte Unterstützung der Arbeiter in Fällen von Krankheit, von Arbeitslosigkeit und Tod. Hier bietet sich der Organisation noch ein großes Feld zur Betätigung und zur Hebung der materiellen Lage der Arbeiter. Sie haben dazu eine große erzieherische Wirkung, indem der Arbeiter daran gewöhnt wird, für sich und seine Familie zu sorgen. Die gesamte Einnahme des Bezirks M.-Gladbach während der letzten zwei Jahre betrug 135 273 Mark. Von diesen wurden an die Zentralkasse 88 261 Mark abgeführt, der Rest kam den Arbeitern des Bezirkes direkt und zwar in folgender Weise zugute.

Es verblieben in den Ortsgruppen an

Streikunterstützung	M.	7 276.—
Maßregelungsunterstützung	„	1 599.—
Reiseunterstützung	„	80.—
Arbeitslosenunterstützung	„	1 575.—
Krankenunterstützung	„	22 396.—
Sterbeunterstützung	„	1 860.—
Rechtsschutzkosten	„	59.—
Sonstiges	„	44.—

Wir sehen, daß nur ein geringer Teil der Ausgaben für Kampfzwecke ausgegeben wird, der weitaus größere Teil derselben kommt als Unterstützung in irgendwelchen Notfällen dem Arbeiter wieder zugute. Die Zahlungen an die Einzelnen sind nach den Beitragsklassen, denen sie angehören, abgestuft. Jedes Mitglied hat das Recht, die ihm konvenierende Beitragsklasse frei zu wählen mit der Maßgabe, daß als niederste Beitragsklasse in Betracht kommt

1. für alle jugendlichen Mitglieder unter 17 Jahren die I. Klasse mit einem Beitrag von Mark 0.20 pro Woche;

2. für männliche Mitglieder über 17 Jahren die III. Klasse mit Mark 0,40 Wochenbeitrag. Der Höchstsatz pro Woche beträgt Mark 0,70.

Entsprechend der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Klasse werden auch die Auszahlungen geregelt. Die Grundtaxe der Streikunterstützung beträgt bei der niedersten Klasse Mark 5 pro Woche

und erhöht sich bis zur letzten Klasse bis auf Mark 16. Dabei erhält der streikende Familienvater, welcher der II. und III. Klasse angehört, Mark 0,75, in den anderen Klassen Mark 1 Zuschlag für jedes noch nicht erwerbsfähige Kind. Bei der Gemaßregeltenunterstützung beträgt die Grundtaxe in der I. Klasse Mark 8, um bis auf Mark 24 zu steigen. Der Zuschlag für jedes Kind findet dieselbe Regelung wie bei der Streikunterstützung. Wir sehen, daß trotz dieser bedeutend höheren Beträge die Gesamtausgabe für derartige Zwecke gering ist, ein Zeichen dafür, daß Aussperrungen in unserem Bezirk äußerst selten anzutreffen sind. Auch die Ausgaben für Reisegelder sind so gering, daß ihre besondere Erwähnung sich kaum lohnt. Die Höhe der Unterstützungen in Krankheitsfällen und bei Arbeitslosigkeit richtet sich nach der Zugehörigkeit zur niedrigeren oder höheren Klasse und nach der Zahl der Beitragswochen. Der Kranke erhält in der niedrigsten Klasse nach 56 Beitragswochen Mark 2,40, nach 156 Wochen Mark 2,70 und nach 260 Mark 3, bei einer längsten Auszahlung der Unterstützungen von 8 Wochen. In der höchsten Beitragsklasse ist diese Frist auf 13 Wochen verlängert und die hier ausgezahlten Krankengelder betragen entsprechend der Steigerung nach der Dauer der Zahlungen Mark 6, Mark 6,60 und Mark 7,20. In Verbindung mit den von den Krankenkassen gezahlten Unterstützungen bilden sie eine bedeutsame Ergänzung zu dem Einkommen des Arbeiters im Erkrankungsfalle. Der für Arbeitslosenunterstützung ausgegebene Betrag ist ein äußerst geringer, was ja auch verständlich ist, da Arbeitslosigkeit in erweitertem Umfange seit langem unserem Bezirke fremd ist. Für Bildungszwecke gibt der Ortsverband nichts aus. Hier tritt die Zentralkasse ein. Doch ist die für derartige Zwecke ausgegebene Summe leider nur äußerst gering. Eine Mehraufwendung hierfür wäre jedenfalls überaus wünschenswert. Ansätze hierzu lassen sich in den letzten Jahren nicht verkennen. So wurden kürzlich an vier Orten Unterrichtskurse veranstaltet mit dem Zwecke, den Gewerkschaftsgedanken bei den Mitgliedern zu vertiefen. Doch wird bezüglich dieser Kurse über das mangelnde Interesse geklagt, welches die Arbeiter ihnen entgegenbringen. So steht im Viersener Bericht der Jahre 1908—10: „Ist das Bestreben der hiesigen christlichen Arbeiterschaft, sich fortzubilden, kein allzu großes, so muß andererseits darüber gesagt werden, daß der Hang zum Klimbim umso viel schlimmer ist.“ Es bedarf noch mancher Arbeit, um hier eine Aenderung herbeizuführen.

Eine andere Vertretung mehr interkorporativer Art finden die Arbeiter in den Arbeiterausschüssen, die in der niederrheinischen Baumwollindustrie ziemlich häufig sind. So haben sich, durch Lohnstreitigkeiten in den 90er Jahren hervorgerufen, in zahlreichen Fabriken Arbeiterausschüsse gebildet, welche von den Arbeitgebern anerkannt werden und die dazu dienen, die Wünsche der Arbeiter zur Kenntnis des Arbeitgebers zu bringen. Doch genügen sie nur zum Teil den Anforderungen des § 134 h der G. O., zum großen Teil bestehen sie aus Mitgliedern, die vom Arbeitgeber ernannt oder von den großjährigen Arbeitern der Fabrik nach besonderen Satzungen in geheimer oder offener Wahl gewählt werden. Von verhältnismäßig seltenen Ausnahmen abgesehen, bringen die Arbeitgeber der Einrichtung geringe Zuneigung entgegen. Es ist hier nur eine Weberei zu erwähnen, in welcher der Arbeiterausschuß schon seit langem besteht und mit gutem Erfolge tätig ist. Die Aufgabe, die er in diesem Betriebe zu erfüllen hat, ist im Vergleich zu derjenigen in anderen Betrieben eine bedeutend erweiterte. Es ist hier ein bedeutsamer Schritt zur sogenannten konstitutionellen Fabrik getan. Allerdings behält sich auch hier, wie ja erklärlich, der Fabrikherr die oberste Entscheidung vor. Hier bringen auch die Arbeiter dieser Einrichtung ein großes Interesse entgegen. Sonst ist zu sagen, daß sie den Arbeiterausschüssen meist geringen Wert beilegen. „Soweit sie organisiert sind, suchen sie die Vertretungen ihrer Wünsche und Forderungen in den Organisationen. Außerdem hegen sie oft die Besorgnis, je nach ihrem Auftreten sich entweder die Unzufriedenheit ihrer Arbeitergenossen oder Nachteile in ihrer Dienststellung sich zuzuziehen." Doch wird diese Furcht mit dem Erstarken der Organisationen hinfällig, da diese mit der Drohung eines eventuellen Streiks den Arbeitgeber von einer Maßregelung zurückhalten kann. In der Tat sind auch die Unternehmer in den letzten Jahren verschiedentlich zur Zurücknahme einer Kündigung, die nach Meinung der Arbeiter eine Maßregelung bedeutet, durch die organisierte Arbeiterschaft gezwungen worden. So erfüllt auch diese Vertretung der Arbeiter ihren Zweck erst dann, wenn sie durch die allgemeine Arbeiterorganisation gestützt und gekräftigt wird.

Eine weitere Vertretung der Arbeiter von M.-Gladbach Stadt und Land findet statt in dem sogen. Arbeitervertretungsverein. Dieser besteht aus den Vorstandsmitgliedern und Delegierten der Arbeiter bei den Orts- und Betriebskrankenkassen, bei den Schiedsgerichten und

aus den Arbeitervertretern bei den Gewerbegerichten. Als Zweck hat der Verein folgende Punkte ins Auge gefaßt: 1. Erhebungen über die Zustände in den Krankenkassen, 2. Bekanntmachung der Vertreter der Arbeiter, insgemein durch geeignete Vorträge auf dem Gebiete der Wohnungs- und Gesundheitsverhältnisse. 3. Anregung zu gemeinsamem Vorgehen bei den Wahlen zu den Krankenkassen und den Gewerbegerichten. 4. Stellungnahme zu den die Arbeiterversicherung betreffenden Maßnahmen. Dieser Vereinigung gehören sämtliche Arbeitervereine mit Ausnahme der sozialdemokratischen an.

So finden wir denn auch hier das Bestreben der Arbeiter sich zusammenzuschließen in der richtigen Erkenntnis, daß nur dann ihre Zahl Macht bedeutet. Spät ist diese Erkenntnis gekommen, und noch heute bringt ein Teil der Arbeiter diesen Bestrebungen allzu wenig Interesse entgegen. Er gibt sich leeren Vergnügungen hin. Doch auch dieser Teil wird nach und nach zu der Erkenntnis von dem Vorteile der Organisation kommen. Ein Mißbrauch der Macht durch die Arbeiter hat sich bis jetzt noch nicht ergeben und wird bei der ruhigen und vernünftigen Denkweise, welche die Unternehmer der Arbeiterschaft des Bezirkes schon häufiger nachgerühmt haben, auch wohl weiterhin sich kaum erweisen. Die Arbeitgeber stehen den Forderungen der Arbeiter ja auch nicht machtlos gegenüber. Auch sie haben sich organisiert, sodaß bei einem Mißbrauch der Macht durch die Arbeiter sie nicht diesen wehrlos gegenüberstehen. So liegt auch hier in den beiderseitigen Organisationen die beste Gewähr für den wirtschaftlichen Frieden, verbunden mit einer gesunden Aufwärtsentwicklung der Lage der Arbeiter wie auch der gesamten Industrie des Bezirkes.

Lebenslauf.

Ich, Hermann Otto Hölters, wurde geboren zu M.-Gladbach am 13. 9. 1885 als Sohn des Holzhändlers Wilh. Hölters. Ich besuchte die Volksschule meiner Vaterstadt bis zu meinem 10. Lebensjahre und ging darauf zur Oberrealschule, woselbst ich Ostern 1905 mein Abiturientenexamen bestand. Ich entschloß mich zum Studium der Nationalökonomie und hörte Vorlesungen der Herren Prof. Schumacher, Dietzel, Cosack, Wagner, Schmoller, Sering, Riesser, v. Bortkiewicz, Willbrandt, Fuchs, Triepel, Gothein, Weber, Jaffé, Schroeder. Es sei mir an dieser Stelle gestattet, allen diesen meinen verehrten Lehrern meinen aufrichtigen Dank auszusprechen.

3 0112 061791841